

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Lasst die Kröten wandern!



Nicht mit meinem Geld! – Aktionsbündnis empfiehlt Bankwechsel

INWO-Perspektiventagung zur Umlaufsicherung

Interview mit Prof. Dr. Max Otte

Liebe Leserinnen und Leser,

Letzten Endes kommt es immer darauf an, wofür das Geld ausgegeben wird. Mit Geld kann man natürlich auch viel Gutes bewirken. Gerade in der Weihnachtszeit wird uns das bewusst.

Und dennoch: In einer Wirtschaft, die auf Geld basiert, kommt es auch und gerade auf die Geldmenge, ihren Umlauf und ihre Verteilung an.

Sowohl die Geldmenge, als auch ihr Umlauf und ihre Verteilung sind heutzutage in Unordnung geraten. Bei der Verteilung ist es augenfällig. Auch in einem reichen Land wie Deutschland gibt es immer mehr Menschen, die in Armut leben, und denen selbst die knappen Hartz-IV-Leistungen noch gestrichen werden, wenn sie sich weigern, ihre Seele zu verkaufen. Ralph Boes hat diese menschenunwürdigen Verhältnisse durch seinen knapp einen Monat dauernden Hungerstreik öffentlich angeprangert, was mich schwer beeindruckt hat: www.wir-sind-boes.de

Auf der anderen Seite ist aber jede Menge Anlage suchendes Kapital »unterwegs«. Das kommt nicht Menschen wie Boes zugute, sondern landet zu einem großen Teil bei Investmentbanken. Greg Smith hatte – im Gegensatz zu Boes – seine Seele an eine davon verkauft, dies jedoch schwer bereut. Zwölf Jahre hat er für Goldman Sachs gearbeitet. »Ich habe mein Herz und meine Seele in Goldman investiert«, so Smith – bis er erkannte, dass diese Bank nur behauptet, im Interesse ihrer Kunden zu handeln, tatsächlich aber abkassiert. Seine Erfahrungen hat er nun in einem Buch niedergeschrieben: »Die Unersättlichen«

Als Bankkunden sollten wir also gut aufpassen, was mit unserem Geld geschieht. Ein Kampagnen-Bündnis klärt derzeit darüber auf, welche schmutzigen Geschäfte Großbanken treiben, und rät unter dem Motto »Krötenwanderung« dazu, diesen kein Geld mehr anzuvertrauen, sondern zu einer transpa-

rent arbeitenden Alternativbank zu wechseln.

Die wandernde Kröte auf unserem Titelbild hat aber für uns als INWO noch eine andere Bedeutung: Zum einen sollte das Geld dahin wandern, wo es sinnvoll eingesetzt wird. Zum anderen sagen wir aber auch ganz grundsätzlich: Das Geld soll in Bewegung bleiben, es soll stetig umlaufen. So, wie es in dem Kinderlied heißt: »Taler, Taler, du musst wandern, von dem einen zu dem anderen. Das ist herrlich, das ist schön, Taler lass dich nur nicht seh'n.«

Es geht dabei jedoch keineswegs um Kinderkram. Ein stetiger Geldumlauf würde die Realwirtschaft enorm stabilisieren. Daher fordern wir eine Geldhaltegebühr, die zu niedrigen Zinsen und somit zu weniger Umverteilung von Arm zu Reich führt. Mitte März veranstaltet die INWO gemeinsam mit anderen Organisationen eine Tagung, auf der wir solche Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme aufzeigen wollen. Für uns ist eine Geldhaltegebühr, die den Umlauf des Geldes sichert, zukunftsweisend. Unterstützen Sie darum diese Tagung: durch Weitersagen, Aktionen und Veranstaltungen im Vorfeld, indem Sie Flyer verteilen ... Und hoffentlich sehen wir uns dann in Essen!

Bis dahin wünsche ich Ihnen im Namen des INWO-Teams eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch!



Zeake Bodt
Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Ankündigung Perspektiventagung
- 4 Interview mit Max Otte: Voraussetzungen einer krisenfreien Finanzarchitektur
- 7 Klaus Willemsen: Das Beste kommt zuletzt ...
- 8 Silvio Gesell:
Warum besteuert man nicht das Geld?
- 10 Eberhard Knöllner: Wesen und Ziel der freiwirtschaftlichen Geldreform
- 13 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 Agnes Dieckmann: Spar Dir das!
- 20 Interview mit Barbara Happe:
Nicht mit meinem Geld!
- 22 Termine Deutschland
- 23 Termine Schweiz

Impressum

FAIRCONOMY 8. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2012, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bocking (V.i.S.d.P.), H. Barth
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © www.bankwechsel-jetzt.de / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 5: flickr.com © dustpuppy; 6: flickr.com © erix! ; 7: © Günter Havlena / PIXELIO.de; 8: © Gerd Altmann / PIXELIO.de; 9: © Verena Münch / PIXELIO.de; © 10: N. Schmitz / PIXELIO.de; 12: © Jeannette Dietl / fotolia.com; 13: © Karikatur: Gerhard Mester; 18-21: © www.bankwechsel-jetzt.de; 22: © Joss / PIXELIO.de; 23 CH: © Joss / PIXELIO.de;

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Der nächste Crash kommt ...

... doch wir bieten Ihnen:

Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme

Freitag, 15. März 2013, 18-21.30 Uhr und Samstag, 16. März 2013, 10-20 Uhr

Volkshochschule Essen

Die Perspektiventagung schaut in die Zukunft. Wir analysieren mit namhaften Experten unser Geld- und Finanzsystem als Ausgangspunkt der Krisen des letzten Jahrzehnts. Nehmen Sie daran aktiv teil als Gast und Teilnehmer unserer Fachvorträge und Workshops.

Das Programm (Änderungen sind noch möglich):

Freitag:

18 Uhr Begrüßung durch Detlef Wendt (Sozialministerium Thüringen, Ökosozielles Forum), Klaus Willemsen (INWO), Lars Martin Klieve (Kämmerer der Stadt Essen) u.a.

zwei Vorträge bis 21.30 Uhr:

Prof. Dr. Christian Kreiß (Hochschule Aalen):
Stabiles Geld – stabile Gesellschaft

Christian Gelleri (Regiogeld Chiemgau):
Parallelwährungen & Regiogeld

anschließend Diskussion:

Welche Auswirkungen hat die Währung auf die Gesellschaft und welche Verbesserungen sind möglich und nötig?

Samstag:

10 Uhr Eröffnung

zwei Vorträge bis 13 Uhr:

Prof. Dr. Thomas Huth (Leuphana Universität Lüneburg)

Prof. Dr. Dirk Löhr (Fachhochschule Trier, Ruhr-Universität Bochum)

Pause mit Mittagessen

14.30 bis 17 Uhr Foren:

mit Dirk Löhr: **Privater Reichtum und leere öffentliche Kassen, Starke Kommunen – starke Gesellschaft**

mit Max Otte / Thomas Huth: **Die Geldgebühr – Perspektive für eine stabile Währung? Wohlstand ohne Wachstum**

mit Fritz Andres: **Geldreform, Vollbeschäftigung, Umweltschutz – Bedeutung, Auswirkungen und Zusammenhänge**

Pause

18 Uhr Berichte aus den AGs, anschl.

Prof. Dr. Max Otte (Universität Graz): **Voraussetzungen für eine krisenfreie und nachhaltige Finanzarchitektur**

anschl. Podiumsgespräch mit Fragen aus den AGs:

Wie relevant ist der Vorschlag der Geldgebühr für die gesellschaftliche Diskussion?

Moderation der Tagung:

Thomas Wendel (Redakteur Capital und Financial Times Deutschland)

Aktueller Programmablauf, Information & Anmeldung:

www.perspektiventagung.de

Tagungsentgelt:

38 Euro, inkl. Pausenverpflegung, ermäßigte Gebühr von 31 Euro für Frühbucher bis zum 31.1.2013

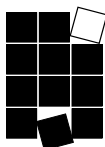
Ermäßigung für Schüler, Studierende und Bezieher von ALG II

Ansprechpartner bei der INWO:

Klaus Willemsen, Tel.: 0211 - 30 41 05,

E-Mail: klaus.willemsen@INWO.de

und Vlado Plaga, vlado.plaga@INWO.de



Volkshochschule
Essen



Sozialwissenschaftliche
Gesellschaft



INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG



Voraussetzungen einer krisenfreien Finanzarchitektur

Interview mit Prof. Dr. Max Otte



Beate Bockting: Herr Prof. Dr. Otte, Sie sind durch Ihr bereits 2006 veröffentlichtes Buch »Der Crash kommt« als »Crash-Prophet« in den Medien präsent. Wir haben Sie nun aber eingeladen, um auf unserer Perspektiventagung über die Voraussetzungen einer krisenfreien Finanzarchitektur zu sprechen. Haben Sie darauf noch Hoffnung?

Max Otte: Wenn man über Krisen spricht und den Crash voraussagt, dann muss man ja auch ein Bild im Kopf haben, wie es richtig läuft, sonst könnte man ja nicht diese Diagnose des falschen Systems stellen. Ich habe ehrlich gesagt bei dem Stand des Lobbyismus und der Schwäche der Politik wenig Hoffnung, obwohl die Lösungen auf der Hand liegen.

BB: Kommen wir erstmal zu den Problemen und später zu den Lösungen. Die Probleme sind gewaltig. Sie weisen ja zurecht darauf hin, dass die Krise in Europa – betrachtet man die makroökonomischen Zahlen – noch vergleichsweise klein ist. In Japan oder den USA ist die Verschuldung noch größer. Ging die Verkettung von Krisen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, ursprünglich von anderswo aus?

MO: Im Prinzip ist es ein globales Phänomen, das seinen Ursprung im angelsächsischen Raum hat, durch die Deregulierung der Finanzmärkte, die Komplexität der Finanzprodukte. Zwischenzeitlich hat man das »Finanzinnovation« genannt, heute merken wir, dass das einfach nur ein ziemlich perfides Verteilungsspiel war. Dass die einzige Innovation im Bankensystem, die wirklich was gebracht hat – nach Paul Volcker, dem ehemaligen FED-Chef – der Bankautomat war!

USA, England, speziell Wall Street und London, sind ideologische und auch tatsächliche Ursprungsorte des Problems, aber mittlerweile haben wir ja weltweit dereguliert und weltweit oftmals ungesunde Praktiken eingeführt, so dass das ein globales Problem ist.

BB: Zwar sind die Staatsschulden 2009/2010 aufgrund der Finanz- und Bankenkrise besonders stark angestiegen, aber hätten nicht

auch unabhängig davon die Staatsschulden früher oder später massive Krisen verursacht?

MO: Die Finanzkrise hat das sicherlich beschleunigt. Diejenigen, die vorher an den »Finanzinnovationen« und an der Spekulation verdient haben und das System riskanter gemacht haben, haben dann, als es schwierig wurde, die Risiken auf die Bürgerinnen und Bürger geschoben. Eine kleine Clique hat vorher verdient und nachher haben alle die Risiken getragen. Deswegen haben wir jetzt die riesigen Schulden. Diese Entwicklung hat die Staatsverschuldung drastisch erhöht. Aber in der Tat hätten sich wahrscheinlich auch die Staatsschulden zu einem Problem

ausgewachsen, aber das ist eine ganz andere Geschichte als das Geldsystem und die Finanzmarktregulierung, das ist dann wirklich die Haushaltspolitik der Staaten, das ist ein anderes Spielfeld.

BB: Bei allen Maßnahmen, die in der Diskussion sind, geht es darum, die Schulden-tragfähigkeit der Staaten wiederherzustellen. Kann das funktionieren in einem überschuldeten Gesamtsystem?

MO: Die Staatsschuldenkrise war vorher noch nicht so virulent. Staatsschulden sind ja auch per se nichts Schlimmes. Fremdkapital haben Sie unter Umständen auch, wenn Sie ein Haus

Prof. Dr. Max Otte



bauen, ein Unternehmen kann auch Fremdkapital haben und so kann eben auch ein Staat Schulden haben.

40-60% Schulden sind meistens ohne Weiteres tragbar.

BB: Wir von der INWO gehen davon aus, dass die Staaten sich zwangsläufig verschulden mussten, um Rezessionen bzw. deflationäre Wirtschaftsentwicklungen zu verhindern und das Geld in den Wirtschaftskreislauf zurückzuholen. Wie sehen Sie das?

MO: Ja, die Staaten mussten sich bei dem jetzigen System zwangsläufig verschulden. Es ist aber ein mittelstandsfreundliches Steuersystem denkbar, bei dem die Kapitaleinkommen und die sehr großen Vermögen höher besteuert werden und gleichzeitig durch eine strenge Geldpolitik à la Bundesbank die Geld- und Kreditmenge beschränkt wird. Dann wäre ein nachhaltiges System auch ohne höhere Schulden möglich.

BB: Die in Europa vorherrschenden Wirtschaftsfachleute fordern nun zur Lösung der Probleme Schuldenbremsen und gleichzeitig staatliche Wachstumsanreize. Diese Ansätze widersprechen sich. Stecken Ökonomie und Politik in einer Sackgasse?

»Heute merken wir,
dass das, was man
»Finanzinnovation« nannte,
einfach nur ein
ziemlich perfides
Verteilungsspiel war.«

MO: Ja, das kann man wohl sagen. Ich sehe einen absoluten Mangel an Ordnungspolitik. Im Jahr fünf der Finanzmarktkrise sind die Forderungen, die beim Ausbruch der Krise erhoben wurden, weitgehend Makulatur. In weiten Bereichen ist die Dominanz der großen Finanzmarktakteure ungebrochen, die Regulierung extrem lückenhaft, die Bändigung der Spekulation nicht gelungen. Von einer stabilen, der Realwirtschaft dienenden Finanzwirtschaft sind wir weiter entfernt denn je.

Ursache dieses Regulierungsversagens ist die unangetastete Dominanz der Finanzmarktoligarchie, die ein Machtgeflecht mit den Investmentbanken unterhält, zu dem weitere Finanzinstitutionen sowie Lobbyisten und willfährige Politiker zählen. Der ehemalige IWF-Chefvolkswirt Simon Johnson, und nach



Das Finanzsystem sollte wieder dezentraler werden.
Ein dezentrales Finanzsystem ist stabiler als ein zentrales System.

ihm Helge Peukert, nannten das die »Kaperung der Politik« durch die Finanzbranche. Diese Kaperung hat nur ein Ziel: die Realwirtschaft der Spekulationswirtschaft zu unterwerfen und die leistungsfreien Einkommen der Finanzkaste zu erhalten und zu steigern.

BB: Und damit es der übrigen Menschheit nicht schlechter geht, brauchen wir Wirtschaftswachstum. Doch das kann ja auch nicht die Lösung sein?

MO: Nein, das ist keine Lösung. Wirtschaftswachstum kann die Probleme nur lindern.

BB: Sie plädieren für massive Haircuts, um die Schuldenlast der schwachen Staaten zu reduzieren. D.h., die Halter der betreffenden Staatsanleihen müssten massive Abschläge hinnehmen. Nach Angaben der Europäischen Zentralbank finden sich Staatspapiere im Volumen von rund 1,6 Billionen Euro in den Bilanzen der Euro-Banken. Wem nützt es, wenn noch mehr Banken als bisher in Schwierigkeiten geraten? Sie können doch diese Haircuts schwer an ihre Einleger weitergeben, d.h. diejenigen, die jahrzehntelang von den Erträgen der Banken profitiert haben und deren Vermögen rasant angestiegen sind, kommen ungeschoren davon. Träfen Haircuts also die Richtigen?

MO: Doch, die träfen die Richtigen. Etliche Institute wären dann insolvent und müssten vom Staat gerettet werden. Wenn die Staaten dann Eigenkapital geben, werden die Anteile der Alteigentümer (also der Reichen) entwertet und die Öffentlichkeit hält Anteile an den Banken. Damit hätte die Öffentlich-

keit auch den Nutzen, wenn sich die Lage erholt.

BB: Aber die Einleger der Banken bleiben doch von den Haircuts weitgehend verschont?

MO: Die wirklich Reichen haben doch kaum Sparguthaben bei den Banken. Sie haben ihr Geld in Hedgefonds oder haben längst in Realwerte investiert, wie Häuser, landwirtschaftliche Flächen, Rohstoffe ...

Die Dominanz der Finanzoligarchie ist neben der ausufernden Staatsverschuldung eine Gefahr für unser Gemeinwesen und die Demokratie. Lesen Sie mal »0,1%« von Hans-Jürgen Krysmanski! Der Soziologe Krysmanski hat an der Universität Münster Power Structure Research betrieben, also die Macht- und Privilegienstrukturen der Machtelite erforscht. In seinem neuen Buch beschreibt er den Zusammenhang von Macht und Reichtum der Milliardäre, zu denen weltweit nur einige tausend Personen und Familien zählen.

BB: Was wäre nötig, um die Herrschaft des Geldes, also der vermögenden Geldgeber, über die Realwirtschaft zu beenden?

MO: Neben den Haircuts müssten die Erbschaftssteuer erhöht und die Kapitalerträge

»Ich sehe einen
absoluten Mangel
an Ordnungspolitik.«



Dezentralität fördert Stabilität: Spareinlagen der Region werden in Kredite für regionale Projekte umgewandelt.

stärker besteuert werden. Eine Finanztransaktionssteuer würde ebenfalls positiv wirken, aber die müsste dann wirklich jede Finanztransaktion und somit jede Aktivität besteuern, und nicht nur das Ergebnis dieser Aktivitäten, wie die Finanzlobby die Diskussion zu hintertreiben versuchte. Über die Dämpfung der Spekulation und die Förderung nachhaltiger Transaktionen durch eine Finanztransaktionssteuer kann es keinen Zweifel geben. Sie ist *die* Spekulationsbremse schlechthin, und zwar in einer marktwirtschaftlich-freiwilligen Form.

**»Von einer stabilen,
der Realwirtschaft
dienenden
Finanzwirtschaft sind
wir weiter entfernt
denn je.«**

Um ein gerechtes und faires System zu schaffen, müssten wir weiterhin dafür sorgen, dass Finanzmarktakteure nicht mehr die Gewinne ihrer spekulativen Aktivitäten einstecken und die Verluste der Öffentlichkeit aufbürden können. Kosten und Risiken müssten von den

Verursachern getragen werden. Stabilität und Nachhaltigkeit erfordern unter anderem eine entsprechende Eigenkapitalausstattung. Dann müssten die spekulativ orientierten Akteure im Falle von Verlusten einen größeren Anteil des Schadens tragen, denn Eigenkapital ist haftendes Kapital.

BB: Der Euro sollte Wohlstand und Frieden in Europa sichern helfen. Die Realität entwickelt sich aber derzeit anders. Könnte das – abgesehen von unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Fiskalpolitiken – nicht auch daran liegen, dass grundlegende Konstruktionsfehler des Geldsystems bei der Euro-Einführung nicht beseitigt, sondern übernommen wurden? Warum sonst haben sich so problematische Finanzblasen in Spanien, Griechenland oder Irland bilden können?

MO: So wie der Euro konstruiert ist, führt er zu wirtschaftlichen Verwerfungen und Unfrieden in Europa. Er ist ebenfalls wieder ein Mittel, mit dem sich die Reichen ihren Einfluss und ihr Vermögen sichern. Für eine Währungsunion benötigen Sie die Mobilität von Kapital, Waren und Arbeit. In Europa waren aber nur Kapital und Waren mobil. Wenn man zynisch ist, könnte man sagen, dass Arbeit jetzt auch mobil wird: Bei 50% Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland zieht es viele junge Leute nach Deutschland. Aber so ist es kein System, das den Bürgerinnen und Bürgern dient.

BB: Wie könnte die Entwicklung von Blasen zukünftig verhindert werden?

MO: Das Finanzsystem sollte wieder dezentraler werden. Es steht für mich außer Frage, dass ein dezentrales Finanzsystem stabiler als ein zentrales System ist. Das deutsche kreditorientierte Bankensystem mit Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen war und ist besonders dezentral. Spareinlagen der Region werden nach Möglichkeit in Kredite für die Region umgewandelt. Investmentbanken dagegen arbeiten global, sie strukturieren die Produkte und fungieren als reine Finanzingenieure und Makler. So gesehen sind Investmentbanken weder Banken, noch investieren sie.

BB: Können uns die neuen Basel-III-Regeln vor der nächsten Krise bewahren?

MO: Das Basel-III-Paket ist lückenhaft. Die Realwirtschaft wird nachhaltig geschädigt, während die Spekulationswirtschaft weiter gefördert wird. Es sind noch keinerlei Eigenkapitalregeln für den Schattenbankensektor und seine Akteure, wie Hedgefonds und Private Equity Fonds, beschlossen. Durch die erhöhten Eigenkapitalanforderungen werden vor allem kreditgebende Banken und die Realwirtschaft belastet, während der Schattenbankensektor weitermachen kann wie bisher. Das hat den toxischen Effekt, dass ein noch größerer Teil des Geschäfts aus dem relativ stabilen regulierten Bankensektor in den unregulierten spekulativen Sektor abwandern wird. Außerdem werden die Maßnahmen von Basel II und III in den USA, die Hauptinitiator waren, nur lückenhaft umgesetzt.

BB: Die EZB reitet auf einem schmalen Grad zwischen Deflation und Inflation. Was halten Sie von der Politik des billigen Geldes, die die EZB derzeit betreibt?

MO: Die Gefahr der Inflation wächst. Und die trifft dann eben nicht die Richtigen, sondern die trifft jede Bürgerin und jeden Bürger. Die trifft insbesondere die Mittelschicht mit ihren Ersparnissen.

BB: Wir möchten auf der Perspektiventagung diskutieren, inwiefern eine Umlaufsicherungsgebühr auf liquide Mittel zur Lösung der Krise beitragen kann. Wir meinen, dass diese Gebühr die Möglichkeit zur Hortung und Spekulation mit Geld beenden würde. Die Geldhalter wären gehalten, ihr Geld entweder auszugeben oder auch bei niedrigsten Zinsen anzulegen. Dann stünde der Werterhalt des Geldes im Mittelpunkt, und nicht das Vermögenswachstum ohne eigene Leistung. Wäre das auch in Ihren Augen ein Weg zu mehr Stabilität und Gerechtigkeit?

MO: Ich finde das zu weitgehend. Aus meiner Sicht sind eine strikte Begrenzung der Geldmenge, Kontrolle der Kredit- und Verschuldungsmöglichkeiten und ein faires Steuersystem ausreichend. Wenn man es hinbekommt, gerne auch noch das 100%-Geld. ■

Das Beste kommt zuletzt ...

... muss man die Financial Times Deutschland-Kolumne von Wolfgang Münchau vom 21. November 2012 leider kommentieren. Zinssätze müssen deutlich unter null Prozent sinken können! Dies kann eine Notenbank durch Besteuerung oder durch eine Gebühr auf Bargeld durchsetzen.

Diese elementare Erkenntnis publiziert einer, der von Insidern als »DER Geldcrack« bei FTD und Spiegel Online eingeschätzt wird. Es ist traurig, dass diese längst überfällige Botschaft zusammenfällt mit der Nachricht über das Ende der FTD. Bei seinem Plädoyer für negative Zinsen bezieht sich Münchau auf die amerikanischen Monetaristen. »Der Grund, warum die gegenwärtigen Nullzinsen nicht auf die Geldmenge wirken, so die amerikanischen Monetaristen, ist, dass der Nullzinssatz angesichts der Geldmengenentwicklung noch viel zu hoch ist. Wenn man sie nur drastisch genug in den negativen Bereich senkt, wird man die Geldmenge und die Kreditvergabe irgendwann wieder stimulieren.« (FTD)

Im Kern beschreibt dies die freiwirtschaftliche Analyse. Geringe Zinssätze verursachen Geldhortung und verhindern so einen gleichmäßigen Geldumlauf. Diese Störung des Geldkreislaufs kann auch durch die permanente Ausweitung der Zentralbank-Geldmenge nicht behoben werden.

Münchau schreibt dazu: »Von dem Programm der quantitativen Lockerung, mit dem die Notenbanken durch Anleiheaufkäufe die Zinsstrukturkurve stabilisieren, halten Monetaristen nichts. Für sie besteht die Lösung in einer deutlichen Senkung der Zinsen, auch unter den Nullpunkt, wenn es sein muss. Und diesmal musste es sein.« (FTD)

In der Fachdiskussion ist dieser Ansatz bisher nicht ernsthaft verfolgt worden. »Da Geld eine zinsfreie Verbindlichkeit der Zentralbank ist, gelten null Prozent allgemein als eine untere Schranke. Aber dagegen gibt es Einwände.« Im Folgenden benennt Münchau zwei elementare Maßnahmen, die für die große Mehrheit seiner Kollegen absolute Tabus darstellen: Die Besteuerung von Geld, im Sinne von Liquidität, mit negativen Zinsen und eine Gebühr auf Bargeld.

»Eine moderne Zentralbank hat durchaus die technischen Mittel, die Zinsen unter die Nullmarke zu senken. Mithilfe von Geldautoma-



Heute haben wir die technischen Mittel, die Zinsen unter die Nullmarke zu senken. Mithilfe von Computern und Geldautomaten geht das sehr einfach.

ten geht das sehr einfach. Wenn man Bargeld mit einem Zinssatz von minus fünf Prozent belegt, dann holt man 500 Euro aus dem Bankautomaten, und das Konto wird mit 525 Euro belastet. Man braucht die Scheine nicht einmal zu stempeln.« (FTD)

Sehr geehrter Herr Münchau, für den Vorschlag, die Zinsstrukturkurve durch eine Gebühr auf Bargeld positiv zu beeinflussen, gebührt ihnen große Anerkennung. Die Umsetzung dieses Ansatzes und die Klärung der vielen Details dazu, ist DIE Herausforderung der Ökonomie. Den entscheidenden Schritt haben Sie benannt: Die Haltung von Bargeld muss direkte Kosten verursachen. Dazu möchte ich darauf hinweisen, dass diese Kosten über den gesamten Zeitraum des Haltens eines Scheines anfallen müssen. Andernfalls verliert sich der Anreiz zur

Enthortung mit der Abhebung. Zweckmäßig erscheint daher ein Mikrochip im Geldschein, der die Gebühr über den jeweiligen Zeitraum berechnet.

Es wäre wunderbar, wenn Wolfgang Münchau und viele andere Experten Grundsätzliches und Details zu diesem Ansatz mit uns erörtern würden. Eine gute Gelegenheit dazu bietet sich auf der Perspektiventagung »Der nächste Crash kommt ...« am 15./16. März in Essen.

Klaus Willemsen

Verwendete Quellen:

- <http://www.ftd.de/politik/konjunktur/kolumne-wolfgang-muenchau-aussen-hartinnen-schwach/70120568.html>
- <http://www.perspektiventagung.de/startseite/>



INWO Medienspiegel

Nebenstehender Kommentar von Klaus Willemsen zu Wolfgang Münchaus Kolumne »Außen hart, innen schwach« (Financial Times Deutschland, 21. November 2012) erschien am 1. Dezember im Medienspiegel auf www.INWO.de/medienspiegel.

Besuchen Sie regelmäßig unseren Medienspiegel, in dem aktuelle Medienbeiträge mit Bezug zur Geld- und Bodenreform kommentiert werden. Sie können dort auch Ihre eigene Meinung äußern. Wir freuen uns über Rückmeldungen!

Warum besteuert man nicht das Geld?

17. Mrd. Euro Neuverschuldung in 2013, bei 33 Mrd. an Ausgaben für die Bundesschuld – der deutsche Staat könnte dringend höhere Steuereinnahmen gebrauchen. Warum also nicht das besteuern, was uns heute so teuer zu stehen kommt: das Geld? – Silvio Gesell warb schon 1906 für eine solche Umlaufsicherungsgebühr.

Man besteuert das Salz, das von vielen Völkern für heilig gehaltene Salz. (...)

Man besteuert den Kaffee, das Getränk, das für den Herzschlag unserer alten Leute so nötig ist wie der Dampf für die Maschine.

Warum sollte man nicht auch das Geld besteuern?

Man besteuert grob und rücksichtslos den Tabak, das geistige Anregungsmittel des Volkes der Denker.

Man besteuert sogar den heiligen Geist der Nation, das Bier, ohne das unsere studierende Jugend einfach am Kollapsus zugrundegehen würde.

Man besteuert das Knochenmark des Volkes, das Getreide – doch:

Den Blutegel des Volkes lässt man, wie einen König, »steuerfrei« laufen.

Man besteuert das wichtigste moderne Bildungsmittel, den eigentlichen Friedensengel der Völker, das Reisen (Fahrkartensteuer) – doch:

Den Zankapfel und Störenfried (auri sacra fames) lässt man unbehelligt.

Man besteuert den Tod (Erbschaftssteuer) und den das Leben zeugenden Boden (Grundsteuer).

Man besteuert die für die Überwindung der Krisen so nützlichen Geldsurrogate (Wechsel- und Banknotensteuer) – doch:

Das die Krisen zeugende Bargeld bleibt steuerfrei.

Und man sucht nach neuen Steuerobjekten. Junggesellen soll der Ehering durch eine Fingerbanderole ersetzt werden; die Krücken der nicht wehrfähigen Bürger sollen auf den Steuerämtern abgestempelt werden; das Surrogat der Sonne, das elektrische Licht, soll in die Steuerkassen geleitet werden. Alles wird mit Stempelmarken beklebt, beschmiert, und der zur Anfeuchtung dieser Marken nötige Speichel wird der Verdauung geraubt, bis dass der Zungenkrebs den Steuerzahler dahinrafft. Und trotz allem Räuspern gelingt es dieser geradezu ekelregenden Steuer doch nicht, die Staatskassen vollzusp ...

Die Staatskassen bleiben leer.

Der Staat soll durch die Steuer sich den Gegenwartswert seiner Leistungen zurückerstatten lassen. So sagt die Steuertheorie.

Aber durch welche spezielle Leistung erwirbt der Staat das Recht, den Raucher und Biertrinker besonders zu besteuern? (...)

Wer Brot isst, zahlt Steuern, und zwar je mehr Brot, umso mehr Steuern, so dass die brave Wäscherin, die mit saurer Arbeit ihre

sieben Buben für die Landeswehr großzieht, soviel mal mehr Brotsteuer (Getreidezölle) zahlt, wie das behäbige kinderlose Ehepaar. Und trotz dieser Kindersteuer bleiben die Staatskassen leer; überall fletschen uns die Steuerbehörden die gefräßigen Zähne entgegen.

Die Staatsschulden treiben uns dem Staatsbankrott entgegen.

Woher diese Scheu vor der ergiebigen Bargeldsteuer? Gambrinus, den deutschen Nationalgott, erwürgt man mit Steuern – vor Mammon, diesem fremden Götzengesindel, räuchert die Steuerbehörde!

Wie der Schmetterling den Honig der Blume entnimmt, ohne diese zu verletzen, so soll die Steuer ohne Schaden für Verkehr und Arbeit erhoben werden – sagt die Steuertheorie Sancho Panzas.

Und die Praxis? Herrje, wie sieht es da aus! (...) Die Steuerbehörde bricht zu jeder Stunde des Tages und der Nacht in die Brauereien ein, revidiert die Geschäftsbücher, guckt in die Maischkessel. Jeder Irrtum in den Steuererklärungen wird mit harten, ehrkränkenden Strafen geahndet. (...)

Und dieser ganze riesige Apparat, der einen beträchtlichen Teil der Steuerertränisse wieder verschlingt, muss noch mit Zuchthäusern geschützt werden, um Steuerfraudationen zu verhindern.

Und das nennt man Steuern erheben, wie der Schmetterling der Blume den Honig entzieht!

Warum besteuert man nicht das Geld?

Der Staat leistet hier etwas, er hat ein Recht auf Gegenleistung. Er stempelt das Gold mit bedeutenden Münzspesen, er löst auf seine Kosten die sich im Verkehr abnutzenden Münzen mit vollgewichtigen Münzen ein, er überwacht den Geldmarkt, fahndet unausgesetzt nach Falschmünzern. Und die Gegenleistung?

Beim Bier leistet der Staat nichts und erhebt Steuern, beim Geld leistet er viel und erhebt nichts. Wo bleibt die Theorie?

Jedoch, ich weiß. Die Steuerbehörde ließ das Geld unangetastet, weil sie nicht wusste, wie das Geld zu fassen war. Das Geld versteckte sich.





Aber diese Schwierigkeit besteht heute nicht mehr.

Das Reformgeld kann sich nicht mehr verstecken.

Das Reformgeld überliefert der Steuerbehörde ein ideales Steuerobjekt. Das Reformgeld erhebt die Steuer ohne Unkosten, ohne Beamte, ohne Einbruch und Überfall, ohne Defraudationsmöglichkeit und ohne Zuchthaus – automatisch, ganz einerlei, in welchen Händen sich das Geld befindet, ob es umläuft oder versteckt wird.

Dabei belebt die Geldsteuer den Markt, sie hebt den Warenkonsum (was in unserer Zeit mangelnder Nachfrage besonders wichtig ist) und füllt die Sparkassen.

Die Geldsteuer wirkt als Regulator des Geldumlaufs und entlastet die Reichsbank.

Die Geldsteuer beschleunigt den Geldumlauf, beschleunigt darum auch den Warenaustausch, sichert und verbilligt diesen.

Die Geldsteuer, indem sie den Geldumlauf reguliert und diesen nötigenfalls erzwingt, schützt den Markt vor Krisen, Krach und Panik, wie auch vor dem Wechsel der Konjunkturen.

Die Geldsteuer räumt mit allen Privatgeldreserven auf, schützt den Markt vor Geldebbe und Geldflut und unterwirft den Geldmarkt der absoluten Kontrolle der Reichsbank.

Die Geldsteuer erzwingt den Geldumlauf unter allen Umständen, ob dem Kapital der Zins genügt oder nicht.

Sie verhindert die Ausbeutung der Volkswirtschaft durch den Wucher und übt einen ständig wachsenden Druck auf den Kapitalzins aus. Die Geldsteuer zwingt die Geldbesitzer auch dann noch, Häuser, Fabriken, Schiffe zu bauen, wenn Haus und Schiff keinen Zins mehr abwerfen und aufgehört haben, Kapital zu sein.

Die Geldsteuer verwandelt die Überproduktion an Waren in eine Überproduktion an Kapital. Sie ersäuft das Kapital in einem Meer neugeschaffenen Kapitals.

Die Geldsteuer räumt mit der Arbeitslosigkeit und Arbeiterreserve für immer auf und

verwandelt jede Mark in einen unfehlbaren, automatischen Arbeitsnachweis.

Sie löst die Mehrzahl der sozialen Fragen. ■

Dieser Prospektentwurf aus dem Jahr 1906 – in der für Silvio Gesell typischen Mischung aus Spott und Scharfsinnigkeit – entstammt seinen Gesammelten Werken. Band 17. Herausgegeben von der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit. Fachverlag für Sozialökonomie 1996. S. 133-135. Geschrieben zu Zeiten der Goldmark, ist trotzdem der Kerngedanke der Besteuerung von Liquidität bis zum heutigen Tag zukunftsweisend.

Silvio Gesell: Gesammelte Werke auf CD

alle 18 Bände in Text mit Abbildungen



Die Finanzkrise hat das Interesse an Silvio Gesells (1862-1930) Natürlicher Wirtschaftsordnung wesentlich gesteigert. Die preisgünstige CD bietet nicht nur die Lektüre all dessen, was Gesell geschrieben hat, sondern auch Volltextrecherche über das ganze Werk.

Ein Muss für alle, die sich für eine alternative Wirtschaftsform und für Gesells Lösungsvorschläge interessieren.

Erhältlich im INWO-Shop für 29,95 Euro zzgl. Versand: www.INWO.de/shop

Wesen und Ziel der freiwirtschaftlichen Geldreform

Die Umlaufsicherungsgebühr ist der Kern der freiwirtschaftlichen Geldreform. Dieser Beitrag von Eberhard Knöller ist als Ergänzung zu den Texten zu diesem Thema in unserer Septemberausgabe zu sehen.

Es ist eine schwerwiegende Verknennung der Freiwirtschaftslehre, zu meinen, sie wolle ein Zinsverbot verhängen. Ihr Ziel ist es vielmehr, Geld in seiner Eigenschaft als Zahlungsmittel den produzierten Gütern gleichwertig zu machen, zu deren Erwerb es eingesetzt wird. Diese Güter nehmen fortlaufend an Wert ab, folglich muss auch ein Betrag an Zahlungsmitteln in der Hand seines Besitzers laufend und in durchschnittlich gleichem Maß im Umfang abnehmen.

Dies soll durch eine fortlaufend zu entrichtende prozentuale Abgabe auf flüssige Zahlungsmittel geschehen, die man als Geldnutzungsgebühr betrachten muss. Als flüssige Zahlungsmittel gelten dabei prinzipiell Bargeld und zu Zahlungszwecken sofort übertragbare Bankguthaben, also so genannte Sicht- bzw. Giroguthaben. Abgabepflichtig soll der jeweilige Besitzer des Zahlungsmit-

tels sein, einschließlich der Banken. Anlagewerte sollen keinen solchen Abgaben unterstellt sein, da sie keine flüssigen Zahlungsmittel sind. Dieser ganz wesentliche Punkt wird häufig übersehen. Ein Geldbesitzer kann der Gebühr entgehen, wenn er sein Geld ausgibt oder ausleiht.

Gebühr statt Inflation

Die Höhe der Abgabe sollte variabel so bemessen werden, dass kurzfristige Festgeldanlagen zu einem Nullzins getätigt werden. Der aktuelle Zins für diese Anlagen entspricht also in etwa der jeweils erforderlichen Höhe der Abgabe. Die Abgabe soll steuerneutral erhoben und wieder an die Bevölkerung rückverteilt werden, so dass sie unabhängig vom Steuerbedarf der öffentlichen Hand festgelegt und nicht wie eine Steuer verwendet wird. Diese Abgabe soll den Umlauf des Geldes verstetigen, was heute durch die fragwürdigen Mittel Inflation und Zins geschieht, die es in

den Umlauf drücken und locken. Die Abgabe bedeutet keine Geldentwertung, wie sie mit Inflation verbunden ist, da die Kaufkraft der Geldeinheit – Euro, Franken usw. – nicht angetastet wird. Was angetastet wird, ist die Kaufkraft der Besitzer von Zahlungsmitteln. Die Abgabe kann auch nicht durch eine schleichende Inflation ersetzt werden, weil diese sämtliche Geldforderungen und -guthaben entwertet, nicht nur die flüssigen Zahlungsmittel.

Ein solches Zahlungsmittel ist »neutrales Geld«, weil es beim Austausch von Wirtschaftsleistungen Geldbesitzer und Warenbesitzer gleichberechtigt macht. Es geht um die Gleichberechtigung zwischen Käufer und Verkäufer, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dies ist das A und O der freiwirtschaftlichen Geldtheorie! Sie will damit die unsozialen Vorteile, die Geldbesitzer gegenüber Anbietern von produzierten Gütern und von Arbeitskraft genießen, von ihrer Ursache her beseitigen. Wer über den Vorteil flüssiger Zahlungsmittel verfügt, soll während dieser Zeitspanne durch Entrichten der Geldnutzungsgebühr angemessen dafür bezahlen.

Auf dieser Grundlage sollten sich eine Reihe außerordentlich vorteilhafter und wünschenswerter Wirkungen ergeben, nämlich Verstärkung des Geldumlaufs, Inflations- und Deflationsfreiheit, Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur und vor allem Senkung des Zinsniveaus.

Kein Zinsverbot

Von Zinsverbot ist jedoch nicht die Rede. Hingegen würde ein solches noch zu schaffen das gesamte Zinsniveau zum Sinken bringen, weil der Druck, den die laufenden Abgaben auf die Besitzer flüssiger Zahlungsmittel ausüben, sie zur Weitergabe in Form von Käufen oder billigeren Kreditvergaben antreibt, um den Gebühren zu entgehen.

Geld ist deshalb so begehrt und genießt deshalb eine privilegierte Stellung auf dem Markt, weil es überall und jederzeit gegen angebotene Leistungen eingetauscht werden kann.

Sparen bleibt weiterhin möglich. Anlagewerte sollen keinen Gebühren unterliegen, da sie keine flüssigen Zahlungsmittel sind.



Mit keinem anderen Wirtschaftsgut ist dies möglich. Geld verschafft seinem Besitzer also Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit in der Wirtschaft, die ein Besitzer von Waren oder Arbeitskraft nicht hat. Dieser ist wegen des Wertverfalls seiner Waren oder seiner

»Es geht um die Gleichberechtigung zwischen Käufer und Verkäufer, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dies ist das A und O der freiwirtschaftlichen Geldtheorie!«

Arbeitskraft gezwungen, diese anzubieten, ein Geldbesitzer nicht, weil er mit seinem Kauf in der Regel warten kann. Den Vorteil, den ein Geldbesitzer genießt und der ihn nichts kostet, kann er heutzutage in Geldform als Zinsanteil einstreichen, wenn er das Geld verleiht. Dieser Zinsanteil heißt Liquiditätsprämie. Sie ist das Maß für die Begehrtheit von Zahlungsmitteln und zeigt sich in der Höhe des Zinssatzes für kurzfristige festverzinsliche Geldanlagen (Festgelder; siehe oben).

Die Senkung des Zinsniveaus wäre die Folge eines Absinkens der Liquiditätsprämie auf null, d. h. faktisch ihres Verschwindens aus dem Zins, wenn das Geldsystem in der beschriebenen Weise weiterentwickelt würde. Die Tatsache, dass dieser eine Zinsanteil zu null werden sollte, verleitet leicht zu dem verbreiteten Irrtum, die Freigeldtheorie wolle den Zins als Ganzes verbieten.

Zins »macht« kein Wachstum

Zins kann das Wachstum nicht »machen«. Jedoch wirkt das Geldwesen indirekt auf das Wirtschaftswachstum. Der Zins treibt die Kreditnehmer in jedem Fall zum Wachstum an, weil sie ihren Zinsverpflichtungen möglichst ohne eigene Einkommenseinbuße nachkommen wollen. Die Zinslast hat deshalb zur Folge, dass die Möglichkeiten zum Wirtschaftswachstum bis zur Erschöpfung ausgereizt werden. Und je stärker die Zinslast zunimmt, umso extremer wächst dieser Druck.

Das eigentlich Ausschlaggebende am Wirtschaftswachstum ist der Einsatz von Energie zusätzlich zur menschlichen Arbeitskraft, nicht der Zins. Es beruht im Wesentlichen auf der Ausweitung der Produktivität arbeitender Menschen aufgrund des Einsatzes von Maschinen und der Energie, die zu ihrem Antrieb erforderlich ist. Dies wäre zwar auch in einer

unverschuldeten und daher zinsfreien Wirtschaft der Fall. Verschuldung und Zins sind jedoch die Triebfedern, um die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums bis zum Äußersten auszuschöpfen. Der Zins ist der Peitschenhieb, der das Pferd Technik ständig zu Höchstleistungen antreibt. Ohne die Zinslast würde die Wirtschaft um vieles langsamer wachsen, aber wachsen würde sie trotzdem, weil der Einsatz technischer Energie billiger ist als menschliche Arbeitskraft.

Zins bewirkt Ausbeutung

Verschuldung und Zins sind dagegen Ursache für die schleichende und fortgesetzte Übertragung von Vermögen von den Ärmern zu den Reichen, und damit für die Ausbeutung arbeitender Menschen. Die Einnahmen aus Zinsen fließen von den Kreditnehmern und ihren Kunden zu den Kreditgebern, die für diese Einnahmen keine eigene Leistung erbringen.

Ökonomen versuchten immer wieder nachzuweisen, dass den Zinseinnahmen eine Art Leistung der Kreditgeber gegenübersteht und sie deshalb zu rechtfertigen sind. Bei genauerer Analyse lässt sich dies aber nicht aufrechterhalten. Die Zinseinnahmen bedeuten ständige Selbstvermehrung der Großvermögen durch Zins und Zinseszins. Dieser sich selbst beschleunigende Vermögenszuwachs geht grundsätzlich auf Kosten einer gleich großen Vermögensminderung bei den unteren und mittleren Schichten. Solange Zinssätze über der Rate des Wirtschaftswachstums liegen, findet zwangsläufig Ausbeutung statt. Und sie liegen stets darüber! Es gab keine Wirtschaftsepoche, wo dies nicht zutraf. Das Geld ermöglicht es über den Zins, Sklaverei auf die bis heute raffinierteste Art zu betreiben. Die magische Kraft, welche die Begehrtheit des Geldes auf uns ausübt, ist nicht auf das Wirtschaftswachstum gerichtet, sondern auf die versteckte und versteckbare Ausbeutung von Menschen durch Menschen über den Zins.

Blenden wir nochmals zurück zur Umweltproblematik: Die Produktionsweise, der für die Umwelt ausschlaggebende Faktor, ist eine rein technische Frage. Bei der Frage des Wirtschaftswachstums gilt es – neben dem Druck zum Wachstum, der vom Zins ausgeht – immer auch die Voraussetzung und Möglichkeit für das Wachstum zu hinterfragen. Diese Voraussetzung liegt im Einsatz technischer Energie. Solange technische Energie billiger ist als menschliche Arbeitskraft, wird unweigerlich Wirtschaftswachstum stattfinden. Ist sie teurer, dann wird Zins nicht zum Wachstum drängen, sondern ausschliesslich zur Verarmung von Schuldnern und deren Kunden.

Zusammengefasst kann man sagen: Wirtschaftswachstum beruht auf Energieeinsatz

und ist ein Technikproblem, auch wenn es durch den Zinsdruck beschleunigt wird. Umweltschädigung beruht auf ungeeigneten Produktionsverfahren und ist ebenfalls ein Technikproblem. Ausbeutung beruht auf Zins und ist ein Geldproblem.

Zinsbestandteile

In der Zinsdiskussion ist neben der Energiefrage noch ein weiterer, ganz wesentlicher Punkt zu beachten. Wenn hier und anderswo von »Zins« die Rede ist, besteht selten das Bewusstsein, dass Kreditzinsen aus mehreren Anteilen bestehen. Hier wesentlich sind die beiden Zinsanteile Liquiditätsentgelt und Wachstumsanteil. (Die drei übrigen Anteile Inflationsausgleich, Risikozuschlag und Vermittlerentgelt müssen hier nicht beachtet werden.) Das Liquiditätsentgelt spiegelt die Begehrtheit des Geldes als Zahlungsmittel und steigt und fällt mit dieser Begehrtheit, erkennbar am Zinssatz für kurzfristige Festgeldanlagen. Das Liquiditätsentgelt ist der »Urzins« nach Silvio Gesell, dem Schöpfer der Freiwirtschaftslehre, von Dieter Suhr »Mehrwert des Geldes« genannt. Der andere Zinsanteil, der Wachstumsanteil, ist die Differenz zwischen den Zinssätzen für kurzfristige und langfristige Geldanlagen. Er spiegelt das allgemeine Wirtschaftswachstum und steigt und fällt mit diesem. Er entspricht dem Produktionsmehrwert nach Karl Marx. Allein das Liquiditätsentgelt ist meiner Meinung nach der fragwürdige Bestandteil im Zins, nicht aber der Wachstumsanteil. Und

»Ökonomen versuchten immer wieder nachzuweisen, dass den Zinseinnahmen eine Art Leistung der Kreditgeber gegenübersteht. Bei genauerer Analyse lässt sich dies aber nicht aufrechterhalten.«

nur das Liquiditätsentgelt müsste aus der Zinshöhe »herausgenullt« werden. Dann könnten Kredite nach wie vor mit variablen Zinssätzen vergeben werden, und die marktwirtschaftliche Funktion des Kreditzinses als Regulator von Angebot und Nachfrage von und nach Krediten bliebe erhalten.

Das Absinken des Liquiditätsentgelts auf null bedeutet ein entsprechendes Absinken sämtlicher Zinsvereinbarungen um diesen Wert, weil es in jedem Kreditzins wie ein Sockelzins enthalten ist. Dementsprechend würde dann auch der riesige Zinsstrom vermindert



Das Kreditgeschäft zur Versorgung der Wirtschaft bleibt Aufgabe der Geschäftsbanken. Sie könnten das Kreditvolumen jedoch nicht beliebig ausweiten.

werden, der allsekündlich von Schuldnern zu Gläubigern fließt und eine beschleunigte milliarden schwere Verarmung der weniger Begüterten nach sich zieht.

Es darf nicht sein, dass Vermögen sich aufgrund der Zinszahlungen in immer weniger Händen konzentriert, verbunden mit einem unabsehbaren Machtzuwachs und einer entsprechenden Entmündigung der breiten Bevölkerung. Dies ist verbunden mit einer immer weiter fortschreitenden Konzentration der Produktion in immer größeren Fabriken an immer weniger Standorten und führt zur bekannten fortschreitenden Entlassung von Arbeitskräften, der »Produktion« von Arbeitslosen. Den Gewinn haben die Kapital-eigner und »Shareholder«, denen ein Einkommen ohne eigene Leistung zufließt. Dies ist verbunden mit immer höherem Energieverbrauch, weil die Orte von Produktion und Konsum immer weiter auseinanderfallen und zu immer längeren Transportwegen führen. Alles in allem liegt darin eine höchst ungesunde Entwicklung.

Die Zentralbank im Visier

Ein weiterer Punkt ist zu beachten: die Rolle der Zentralbank. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum zu glauben, Kredit würde deshalb Zins kosten, weil die Zentralbank Geldschöpfung über Kredite betreibt, für die sie Zins verlangt. Zins würde auch dann verlangt werden, wenn die Zentralbank Geld ohne Kredit und Zins herausgeben würde. Bei Nullzins der Zentralbank wäre nur der verhältnismäßig geringe Zentralbankkredit an die Geschäftsbanken kostenlos, nicht jedoch die um vieles umfangreicheren Kredite der Geschäftsbanken an Unternehmen, Private und Staat. Die Geschäftsbanken würden für ihre Kredite weiterhin Zins verlangen. Bei einer freiwirtschaftlichen Geldordnung hingegen würde dieser Zins um das Liquiditätsentgelt geringer ausfallen, weil Geldbesitzer und Geschäftsbanken aufgrund der erwähnten

Geldnutzungsgebühr zu einem verbilligten Kreditangebot bereit sein würden.

Nun meinen viele, bei Nullzins der Zentralbank würde die Wirtschaft über ein zuträgliches Maß hinaus zum Wachstum angeregt werden. Sie erwarten, dass die Kreditnachfrage an die Zentralbank ins Uferlose steigen wird und dementsprechend die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an die Unternehmen. Dazu ist zu sagen: Die Zentralbank richtet ihre Geldversorgung üblicherweise aus an der Nachfrage nach

ihren Krediten und an der von ihr angestrebten Stabilität des Geldwertes. Der Geldwert wird gemessen am Preisniveau. Um dieses stabil zu halten, versucht sie heute, die Geldmenge mit der zunehmenden Gütererzeugung wachsen zu lassen. Soll die Geldmenge nicht weiter wachsen, dann erhöht sie die Zinssätze für ihre Kredite, damit die Geschäftsbanken ihre Nachfrage nach Zentralbankkrediten zurückfahren. Mit den Zentralbankkrediten erhalten die Geschäftsbanken die Möglichkeit, weitere Kredite an Unternehmen zu vergeben, wodurch diese mehr investieren können, z. B. in Produktionsanlagen, was Wirtschaftswachstum bedeuten kann.

Um nun bei einem Nullzins der Zentralbank die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an Unternehmen nicht ins Uferlose steigen zu lassen, müsste die Zentralbank die Art ihrer Geldschöpfung und Geldmengensteuerung gegenüber heute grundlegend ändern, und zwar auf zweierlei Weise. Für die Grundversorgung eines Landes bzw. Währungsraumes mit Zahlungsmitteln wäre die einmalige kredit- und zinsfreie Ausgabe einer festgelegten Geldmenge an die Bevölkerung sinnvoll. Die Zahlungsmittelmenge würde proportional zur Zahl der Bewohner des entsprechenden Währungsraumes als »quasikonstante Geldmenge« bemessen werden und nicht mehr nach Kreditwünschen der Wirtschaft. Die entsprechende Geldmenge hat keine Deckung durch hinterlegte Sicherheiten wie bisher die Kredite, weil sie ihre Deckung aus der Arbeitskraft der Bevölkerung bezieht. Dies ist ohnehin wirklichkeitsgerecht, weil nur zum käuflichen Erwerb angebotene Leistungen die Kaufkraft einer Währung decken können.

Diese Art der Grundversorgung mit Zahlungsmitteln sollte die Zentralbank ergänzen durch die Ausgabe und Rücknahme kurzfristiger Kredite an die Geschäftsbanken zum

Überbrücken ihrer Zahlungsengpässe, wie sie an den Monatsletzen auftreten können, wenn große Zahlungsvolumen ihrer Kunden abzuwickeln sind. Diese Kredite würden ebenso wie heute Zins kosten, welcher der freiwirtschaftlichen Geldnutzungsgebühr entsprechen würde. Darüber hinaus sollte die Zentralbank keine weiteren Zahlungsmittel bereitstellen.

Aufgabe der Geschäftsbanken

Mit dieser Regelung bliebe das Kreditgeschäft zur Versorgung der Wirtschaft allein den Geschäftsbanken überlassen, wobei sie jedoch keine als Zahlungsmittel geeigneten Kreditmittel schaffen dürften. Damit wäre der Kreditrahmen, der den Geschäftsbanken zur Erteilung von Krediten an ihre Kunden zur Verfügung steht, klar abgegrenzt. Alle am Wirtschaftsleben irgendwie Beteiligten müssen sich sozusagen gegenseitig und unter sich allein Kredite gewähren. Auf diese Weise ist auch die Wachstumsfähigkeit der Wirtschaft begrenzt und kann nicht ausufern. Für diese Kredite wären, wie beschrieben, nach wie vor Kreditzinsen zu zahlen.

Die Zentralbank würde weiterhin als zentrale Bank der Banken fungieren, hätte aber zwei klar getrennte Funktionen: einerseits die Geldversorgung der Bevölkerung und andererseits die Kreditvermittlung unter den Banken. Das Kassieren von Zinsen und damit verbunden die Erwirtschaftung von Gewinnen darf dabei nicht Ziel der Zentralbank sein, auch wenn sie diese an den Staat weitergibt.

Neben diesen geldtechnischen Überlegungen ist auch zu beachten, dass die Wirtschaft generell nur so weit wachsen kann, wie Rohstoffe beschafft werden können und Nachfrage vorhanden ist. Eine weitere Grenze liegt in der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung. Somit ist die Befürchtung eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums bei Zinssenkung keineswegs gerechtfertigt, weil die Krediterteilungsfähigkeit der Geschäftsbanken stets begrenzt sein würde. ■

Eberhard Knöllner, geb. 1933, lebt in Bern und war beruflich tätig als Straßenverkehringenieur und technischer Redakteur. 1976 war er Bundestagskandidat im Kreis Lörrach als Vertreter der »Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher« AUD, einer Grönderpartei der deutschen Grünen. Er ist seit 1974 mit der Freiwirtschaft verbunden. Von 1980-1985 war er Präsident der freiwirtschaftlichen Liberalsozialistischen Partei LSP der Stadt Bern. Dieser sowie weitere seiner zahlreichen freiwirtschaftlich-geldtheoretischen Artikel sind seit Neuestem auf der Homepage der INWO Schweiz zu finden.



Im März hatten wir an Sie appelliert, Politikberater zu werden. Damit nicht weiterhin nur diejenigen, die die Fehler im System nicht erkannt und die Krisen nicht haben kommen sehen, unsere Politiker beraten, wie es denn weitergehen soll. Wenn sich wirklich etwas ändern soll, sollten wir, die Vertreter der Geld- und Bodenreform, jetzt mehr Einfluss nehmen!

Die Hilflosigkeit bei der Suche nach Auswegen aus der Krise und die Unzufriedenheit mit den bisherigen Maßnahmen nehmen zu. Deshalb haben wir gerade jetzt etwas zu bieten. Immer öfter stoßen wir dabei auf ein offenes Ohr, wenn auch noch manches zunächst nicht richtig verstanden wird.

Dass es sich in jedem Fall lohnt, mit Politikern in Kontakt zu treten und sie mit unseren Vorschlägen bekannt zu machen, hat unsere Aktion deutlich gezeigt.

Beispielhaft möchten wir hier über zwei Mitglieder berichten, die unserem Aufruf gefolgt sind.

Klaus Lindhuber aus dem bayrischen Puchheim hat fünf Hefte der Märzangabe mit einem persönlichen Anschreiben an fünf Politiker verschickt und sogar, da er sich mit manchen allzu routiniert und vorgefertigt klingenden Reaktionen nicht zufrieden geben wollte, unsere Juniausgabe nochmals für eine Nachfassaktion genutzt. Neben seinen Wahlkreisabgeordneten Gerda Hasselfeldt (Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und Vizepräsidentin des Bundestags), Dr. Bärbel Kofler (SPD) und Beate Walter-Rosenberger (Bündnis 90/Die Grünen) bekamen noch Alexander Dobrindt (MdB und CSU-Landesgeschäftsführer) sowie Dr. Gerhard Schick (MdB und finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen) Post von ihm.

Insbesondere Frau Hasselfeldt ging in ihrer Antwort konkret auf den im Heft vorgestellten Vorschlag einer Parallelwährung für Griechenland ein, wenn sie ihn auch nicht als zielführend erachtet und keine Alternative zur bisher eingeschlagenen Strategie sieht. Sie meint, dass »im Falle einer Parallelwährung (...) die EZB keine Kontrolle über die effektive Geldmenge in Griechenland« hätte. »Damit wäre mit großer Wahrscheinlichkeit eine Inflation beträchtlichen Ausmaßes in Griechenland vorprogrammiert«, so ihre Befürchtung. Diese Befürchtung ist jedoch unbegründet, denn die griechische Notenbank, die weiterhin im EZB-System bleibt, gibt die Parallelwährung ja gegen Hinterlegung von Euros über den Staat aus und könnte die Menge bestimmen. Der Umlaufim-

puls, die entscheidende Neuerung, würde das Parallelgeld dann stetig im Umlauf halten, so dass – im Gegensatz zum Euro – Deflation und Inflation erstmals effektiv verhindert werden könnten.

Ebenso ist Hasselfeldts Einwand »Auch bei einer Einführung einer Parallelwährung würde sich nichts an der auf Euro lautenden Auslandsverschuldung Griechenlands ändern« nicht überzeugend. Es ist doch gerade die alte Politik, die die Auslandsverschuldung Griechenlands herbeigeführt hat und bislang keine Besserung für die Griechinnen und Griechen gebracht hat! Unser Vorschlag jedoch würde sofort deren Situation entspannen. Das Parallelgeld würde direkt bei den Bürgern ankommen und permanent zwischen ihnen kursieren, ohne schnell wieder anderswohin abzufließen. Griechische Unternehmen könnten vor der Pleite bewahrt, neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die griechische Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft würden davon nur profitieren. Ohne Zuversicht für die Bevölkerung kann das Land nicht wieder auf die Beine kommen und wird ewig am Tropf der Gläubiger hängen bleiben. Ein Parallelgeld dagegen würde neue Perspektiven eröffnen.

Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, schrieb in seiner Antwort zwar nichts zum Griechenland-

papier zum »Reformbedarf im Geld- und Kreditsystem« vorgelegt, in dem er die Notwendigkeit des Löschens von Forderungen (= Vermögensabbau) betont. Dabei müssten nicht-zirkulierende Geldvermögen und verzinsten Sachwerte (Aktien, Immobilien) geordnet entwertet werden, da diese nicht zum BIP beitragen, aber die Zinslast erhöhen. »Die Wirtschaftsleistung, die nach der Quantitätsgleichung des Geldes nichts anderes als Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit ist, sollte so gut wie möglich aufrechterhalten werden, um die sozialen Folgekosten zu begrenzen.« Die griechische Misere zeige eindrucksvoll, wohin eine Reduktion des Geldumlaufs durch



Vorschlag, beteuerte aber, dass die Grünen die geldtheoretische Debatte bei der Ursachenforschung zur Finanzkrise sehr ernst nähmen und sich mit den daraus resultierenden Lösungsvorschlägen intensiv auseinandersetzten. Immerhin hat er seiner Partei im September 2012 ein interessantes Diskussions-

höhere Steuern und niedrigere Löhne bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Forderungsgröße führe: Das Absacken des BIPs vergrößere die relative Schuldenlast und führe ökonomisch und politisch nur weiter in die Krise. »Deswegen hätte ein Schuldenschnitt wie Anfang 2012 früher kommen müssen.« Mit

der Freiwirtschaft hat er sich aber offensichtlich noch unzureichend befasst, denn er suggeriert fälschlicherweise, diese wolle den Zins abschaffen und mit der Inflation bestehe bereits im jetzigen System »eine Art Abgabe Gesellschaftlicher Natur«. Dabei wollen wir nicht den Zins abschaffen, dafür aber die Inflation! Auch ist uns die Problematik des Ausweichens in Sachwerte, insbesondere Grund und Boden, bei Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr bewusst. Gerade hier haben wir jedoch für die ökologische Bewegung weitere sinnvolle Vorschläge parat, wie die Pro-Kopf-Umverteilung von Bodenrenten und Ressourcenabgaben.

Auch Hiltrud Bonk aus Heidenheim hat vier Hefte der Faircomomy mit persönlichen Briefen verschickt. Sie gingen an die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle (CDU), den Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU) sowie die beiden Landtagsabgeordneten Bernd Hitzler (CDU) und Andreas Stoch (SPD). Roderich Kiesewetter begrüßte es sehr, dass Frau Bonk dem Aufruf »Werden Sie Politikberater« gefolgt sei. Die INWO war ihm vorher nicht bekannt. Die Zeitschrift zeige »sinnhafte und sinnvolle Ansätze« zum Thema Schuldenkrise auf. Besonders das Interview »Überreichtum erzeugt Armut« mit Prof. Dr. Günther Mowes habe ihn beschäftigt.

Auch Bernd Hitzler sei »sehr nachdenklich geworden«. Silvio Gesell habe in vielem Recht, schrieb er.

Frau Dr. Gräßle ging in ihrer Antwort ausführlich auf den Vorschlag eines Parallelgeldes für Griechenland ein, ist jedoch skeptisch, dass dies in einer großen Region oder in einem ganzen Land funktioniert. In Griechenland müsse erst einmal eine stärkere heimische Wirtschaft aufgebaut werden und somit Geld für Investitionen bereitgestellt werden. Gräßle befürchtet, dass bei Einführung einer Umlaufsicherung nicht mehr genügend Kapital für solche Investitionen zur Verfügung stehen würde. Es stimmt jedoch nicht, dass durch die Umlaufsicherung der Anreiz zum Sparen verloren geht. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht benötigtes Geld wird eher längerfristig angelegt werden als heute, um der Gebühr zu entgehen – selbst wenn es dafür kaum Habenzinsen gibt. Der Vorteil ist zukünftig der Werterhalt, für den Firmen durch ihre Investitionen sorgen. Und was spricht dagegen, wenn Firmen zukünftig weniger Fremdfinanzierung benötigen?

Nicht die Ersparnisse nehmen ab oder verlieren an Wert, sondern die zurückgehaltenen liquiden Mittel. Weitere Aufklärung unserer Volksvertreter über unsere Ideen tut also Not! Machen auch Sie mit: Werden Sie zum Politikberater. Verschicken Sie weiter unser Informationsmaterial an Wahlkreisabgeordnete und andere Multiplikatoren. Wir freuen uns, wenn Sie uns über erhaltene Rückmeldungen berichten.

E-Mail an: redaktion@INWO.de

INWO-Aktiventreffen in Essen

Am 17. November trafen sich INWO-Aktive in der Volkshochschule Essen, um vor Ort die für Mitte März geplante Perspektiventagung vorzubereiten (siehe S. 3). Mit Susanne Wiegel, langjährige Organisatorin der Geld-AG im Tauschreis Essen und aktiv in der Transition-Town-Bewegung, wurden zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten in der Region angedacht, zur Bekanntmachung der Tagung.

Dr. Evers von der VHS stieß am Nachmittag zu uns und zeigte uns den großen Tagungssaal mit Podium, in dem 200-300 Teilnehmer Platz finden. Mit ihm besprachen wir außerdem die Anzeige im VHS-Programm sowie die Erstellung eines Flyers, der in großer Auflage erstellt und möglichst gezielt und weit verbreitet werden soll.

Einiges Kopfzerbrechen bereitete uns die zeitliche Planung, da der Mitveranstalter Ökosoziales Forum in Kürze im FÖS aufgehen wird, dessen Mitgliederversammlung am gleichen Wochenende in Berlin stattfindet. Wir haben kurzerhand die Eröffnung auf den Freitagnachmittag, 15. März, vorverlegt und inzwischen konnte erfreulicherweise das FÖS als weiterer Mitveranstalter gewonnen werden. So bleibt der Sonntag unserer eigenen INWO-Mitgliederversammlung vorbehalten.



Vlado Plaga wird von Januar bis März unser Tagungsbüro leiten und verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Bei ihm können auch die Tagungsflyer zum Weiterverteilen bestellt werden.

Tel.: 0231-44995855 oder E-Mail an: vlado.plaga@INWO.de

Ein weiteres Thema war die in den letzten Heften geführte Diskussion um die Geldschöpfung und die Technik der Umlaufsicherung. Eine Arbeitsgruppe soll mit Fachleuten die Klärung dieser Fragen vorantreiben.

Klaus Willemsen brachte im Rahmen strategischer Überlegungen die Idee auf, öffentliche Briefe an Multiplikatoren zu schreiben und diese zusammen mit möglichen Antworten auf www.INWO.de zu publizieren. Außerdem rufen wir alle Mitglieder dazu auf, möglichst viele Leserbriefe zu schreiben und diese ebenfalls zur Veröffentlichung auf der Homepage an uns weiterzuleiten:

E-Mail an klaus.willemsen@INWO.de

Beate Bockting

Tagung »Eine andere Welt - mit welchem Geld?« der Akademie Solidarische Ökonomie



DEUTSCHLAND

Vom 23. bis 25. November tagte in Berlin die Akademie Solidarische Ökonomie. Zum Thema »Eine andere Welt – mit welchem Geld?« hatte sie als Referenten und Leiter von Arbeitsgruppen die Professoren Joseph Huber, Bernd Senf, Dirk Löhr und Hans Diefenbacher eingeladen.

Die Akademie besteht seit dem Sommer 2008. Ziel(e) und Struktur ähneln denen der INWO in mancher Hinsicht: Laut ihrem Internet-Auftritt sucht die Akademie »eine neue, menschenfreundlichere und umweltschonende, nachhaltige Wirtschaftsordnung«. Während bei der INWO allerdings der Weg zur menschenfreundlicheren, »der Natur des Menschen angepassten« Wirtschaftsordnung relativ klar ist, nämlich über die Einführung von Freiland und Freigeld nach Silvio Gesell, hat die Akademie kein vergleichbares »geerbtes« Konzept, sondern sie betont, dass sehr unterschiedliche Wege zu einer menschenwürdigen Wirtschaftsweise zu diskutieren und auch zu erproben sind.

Es wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die ihrerseits mittlerweile durchaus feste Standpunkte einnehmen. So werden im Text »Das bestehende Geldsystem und der Finanzkapitalismus – Überlegungen zu einem Geldsystem für solidarische Ökonomie« (2010, Hans-Jürgen-Fischbeck u.a.) Guthabenzinsen – abseits von Inflations- und Risiko-Ausgleich – als »leistungslose Selbstbereicherung derer, die mehr haben, als sie brauchen« bezeichnet. Den Reden und Diskussionen auf der Tagung nach zu urteilen sehen das viele Akademie-Mitglieder so und

erkennen dies als großes Problem. Der Text erwähnt auch explizit die Möglichkeit einer »Haltegebühr bzw. Liquiditätsabgabe«.

Doch auf der Tagung in Berlin lag der Schwerpunkt im Geldbereich klar auf der Forderung nach einem »Vollgeld«, welches vom Staat herausgegeben werden soll und somit nach Gemeinwohl-Kriterien ausgewählten Gläubigern, z.B. dem Staat selbst, zinslos zur Verfügung gestellt werden könnte. »Vollgeld« ist, wie erst in der letzten Fairconomy zu lesen war, bei der deutschen INWO umstritten – anders als die Umlaufsicherungsgebühr, mit der die Zinsen auf bestehende (Geld-)Vermögen auf Null gedrückt werden, ganz ohne neues Geld zu schöpfen. Insofern war es gut, dass ich als INWO-Vorsitzender die Tagung besuchte, um Silvio Gesell und die Umlaufsicherungsgebühr, von denen selbst manche leitende Akademie-Mitglieder noch nichts gehört hatten, ins Gespräch zu bringen.

Die Akademie legt, mehr als die INWO, viel Wert darauf, thematisch breit aufgestellt zu sein. So begann die Tagung mit einem längeren Vortrag der »AG Menschenbild« und es wurden immer wieder Gedichte rezitiert.

Die etwa 60 Teilnehmer sehen motiviert der nächsten Tagung entgegen, vom 12. bis 14. April 2013 in Göttingen.

Mehr Infos unter:

www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Neuer INWO-Werbfilm

Dieses Jahr hat die INWO einen vierminütigen Werbfilm produzieren lassen – oder sollte ich schreiben »produziert«? Zwar haben wir Fachleute beauftragt, doch konnten wir die nicht einfach irgendetwas filmen und sagen lassen. So verging gut ein halbes Jahr vom ersten »Exposé« bis zur fertigen Endfassung des Films. Dazwischen lagen für den INWO-Vorstand und die Mitarbeiter ein paar persönliche Treffen zur Vor- und Zwischenbesprechung, fast ein ganzer Tag mit Dreharbeiten, zahlreiche E-Mails, einige Telefonate, sowie Diskussionen über den Sprecher, die Texteinblendungen und den Laufband-Text, schließlich Kontrolle und Nachbesserungen ... aber nun ist es geschafft und die INWO liegt damit voll im Internet-Trend zum schnellen, bewegten Bild!

Was man beim einfachen Betrachten nicht unbedingt merkt: Der Film besteht aus insgesamt zehn Szenen mit jeweils eigenem Schwerpunkt und eigenem Text. Nach der Intro wird zum Beispiel die Frage »Brauchen

wir eine stabile Währung?« eingeblendet. Der Sprecher sagt dazu: »Wird die Währung zerrüttet, zerfällt das Fundament der Gesellschaft«. Die weiteren Szenen folgen diesem Muster. Die wohl wichtigste Szene 7: »Geld muss fließen!« haben wir mit Bildern eines fließenden Gewässers unterlegt und der Sprecher ergänzt: »Durch die Umlaufsicherungsgebühr bleibt das Geld im Fluss, auch wenn der Zins gegen Null sinkt.«

Wir hoffen, durch ein im Netz beliebtes Filmchen weitere Menschen zum Nachdenken über unser Geldsystem und zum Enga-



gement für die Geld- und Bodenreform anregen zu können. Gute Unterhaltung beim (hoffentlich mehrmaligen) Ansehen auf www.INWO.de wünscht

Vlado Plaga, 1. Vorsitzender INWO e.V.

Warum ich **für die Freiwirtschaft** aktiv bin

Diesmal bringen wir in unserer Vorstellungssreihe einmal Porträts von Persönlichkeiten, die sich schon seit vielen Jahrzehnten um die Ideen der Geld- und Bodenreform verdient gemacht haben. Ihr unermüdliches Engagement hat diese Ideen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in unsere Zeit hinübergerettet, in der ihre Bedeutung aufgrund der Krisen wieder besser verstanden wird.

Bruno Jeker



Bruno Jeker, geb. 27. Oktober 1915

Bruno Jeker absolvierte als junger Mann bei der Handelsbank in Grenchen die Banklehre. Im Jahr 1942 bestand er die Eidgenössische Buchhalterprüfung. Durch den Kassier der Bank, der sich heimlich mit der Freiwirtschaft beschäftigte, kam Jeker zum ersten Mal mit den Ideen Silvio Gesells in Kontakt. Damals wie heute stand für einen Bankangestellten viel auf dem Spiel, wenn er sich nicht voll mit den Verhaltensregeln der Banken identifizierte.

Bruno Jeker besuchte Vorträge von Fritz Schwarz aus Bern, Werner Schmid aus Zürich, Hans Sonderegger und Hans Bernoulli aus Basel.

Heute ist Bruno Jekers Hobby die AHV. Er legte uns drei Arbeitsblätter vor und zeigte auf, dass das AHV-Vermögen stetig steigt – entgegen der öffentlichen Information. Im Jahr 2007 hat die SNB der AHV sieben Milliarden »geschenkt«. Mit dem vielen angehäuften AHV-Geld könnte das AHV-Alter sogar herabgesetzt oder die Zinsen könnten wieder an die Rentner rückvergütet werden.

Bruno Jeker lernte schon vor 70 Jahren, dass der Zins Reiche reicher und Arme ärmer macht. Er hat erfahren müssen, dass das Kämpfen gegen die Unwissenheit schwer ist. Viele Ungerechtigkeiten haben mit dem Nichtwissen zu tun. Wer weiss schon, dass 70-80 % der Wohnungsmieten Kapitalkosten sind. Bei CHF 2'000 Miete ergibt das CHF 1'400 Zins.

Den erfreulichen Zinsertrag sehen wir auf dem Bankbüchli (heute Kontoauszug). Was wir als Zins zahlen, für die allermeisten ein Vielfaches davon, sehen wir jedoch nicht.

Für Bruno Jeker ist es auch wichtig, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Arbeitgeber sollten anerkennen, dass sie auf willige Arbeiter angewiesen sind.

23 Jahre war Bruno Jeker bei Ciba Geigy angestellt, und nach seiner Pensionierung eröffnete er ein eigenes Treuhandbüro. Das hat ihm wirklich Freude bereitet. Sehr rasch konnte er zwei Angestellte beschäftigen. Mit der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens könnte das anderen unternehmerisch denkenden Menschen schon von Anfang an möglich sein.

Hansjürg Weder, geb. 10. August 1928

Mit 16 Jahren, im Jahr 1944, traf Hansjürg Weder zum ersten Mal Prof. Dr. Hans Bernoulli, seinerzeit Präsident der Liberal-Sozialisten Basel. Mit dessen Sohn, Lukas Bernoulli, Architekt, verband ihn eine langjährige schöne Freundschaft. Von 1964 bis 1976 waren beide im Basler Grossen Rat (Kantonsrat). In den siebziger Jahren stand Weder ausserdem als Obmann dem Basler Heimatschutz vor.

Von 1983 bis 1995 gehörte er dem Nationalrat an, wo er Mitglied der Finanzkommission war. Weil Gottlieb Duttweiler (Dutti), der Migros- und Landesring-Gründer, mit Werner Schmid befreundet war, konnte auch Hansjürg Weder als Freiwirtschaftler auf der Liste des Landesrings für den Nationalrat kandidieren. Hansjürg Weder spielte seinerzeit Handball und Fussball, Tischtennis und Schach, und vor allem fuhr er Skirennen. Er war in Basel als Sportler bekannt, weshalb er auch schon bei seiner ersten Kandidatur auf Anhieb (1964) in den Grossen Rat gewählt wurde.

Hansjürg Weder war zu der Zeit Mitglied des Nationalrates, als Arnold Ackermann Redaktor der Zeitschrift »Evolution« war. Seine vielen Vorstösse im Parlament, die Freiwirtschaft betreffend, wurden sämtlich in der Vorgängerzeitschrift der »r-evolution« abgedruckt. Seine Anliegen Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde sowie Stabilität der Kaufkraft und die Fragwürdigkeit des Zinses und Zinseszinses liessen und lassen ihn bis heute nicht los.

Einigen wenigen Angehörigen anderer Parteien wurden seine Vorstösse im Parlament zu viel und sie verliessen den Nationalratsaal, wenn Weder wieder einmal »auf die Pauke haute«. Wie viele andere besass er eine



Hans-Jürg Weder

Aktie der Nationalbank SNB und konnte somit deren GV besuchen. Auch dort vertrat er wortgewaltig die Freiwirtschaft.

Hansjürg Weder ist aktiver Atomgegner der ersten Stunde. 1975 war er als Gross- und Kantonsrat Mitorganisator der Besetzung des Geländes des projektierten Atomkraftwerks Kaiseraugst. Er war Leiter der Demonstration, an der 30'000 Personen teilnahmen. Fünf Besetzer, darunter auch Weder, wurden von den zuständigen Instanzen eingeklagt und zusammen zu CHF 23'000 verurteilt. Eine grosse Sammelaktion einer Basler Zeitung brachte für die Angeklagten CHF 35'000, womit auch noch die Gerichtskosten beglichen werden konnten. Zu jener Zeit brachte Hansjürg Weder auch die Diskussion um den Verkauf der SNB-Goldreserven ins Rollen, der dann im Mai 2000 begann.

Insgesamt war Weder 10 Jahre im Bürgerat in Basel, 24 Jahre im Grossen Rat zu Basel und 12 Jahre im Nationalrat in Bern. Er ist skeptisch gegenüber dem Bedingungslosen Grundeinkommen und findet nach wie vor den Inhalt unseres »INWO-Fundaments« weitsichtig und richtig.

Hans Barth, geb. 23. März 1929

Hans Barth arbeitete von 1954 bis 1959 als Tiefdruckretoucheur bei Ringier in Zofingen. Er lernte dort den Kollegen Niklaus Fankhauser kennen. Dieser war Freiwirtschaftler und erzählte viel von Silvio Gesell, Fritz Schwarz, Werner Schmid, Hans Konrad Sonderegger und Friedrich Salzmann. Hans Barth faszinierten die gut verständlichen

Schriften von Schmid. Im Jahr 1959 wechselte er zur Firma Birkhäuser in Basel und bezog eine Wohnung in Allschwil. Darauf engagierte er sich bei den Freiwirtschaftlern in Basel, zusammen mit Paul Gysin, Lukas Bernoulli und Hansjürg Weder. Im Jahr 1962 wurde er Präsident des Freiwirtschaftsbundes Basel.

1964 erhielt Barth das Angebot vom Landesring in Allschwil, eine LdU-Ortsgruppe zu gründen und für die Gemeindewahlen zu kandidieren. Von 1971 bis 1986 war er Einwohner- und Gemeinderat von Allschwil. 1967 wurde er Mitglied der Liberal-Sozialistischen Partei der Schweiz, blieb aber auch Mitglied der Freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz.

Ab 1967 bis ins Jahr 1990, als die Liberal-Sozialistische Partei aufgelöst wurde, war er eines der Vorstandsmitglieder. Dann machte er weiter bei der Freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz.

Hans Barth gab 1985 zusammen mit Friedrich Salzmann die Broschüre »Gedanken zu einer lebenswerten Zukunft« heraus. Er findet, heute sei wegen der Banken-, Finanz- und Schuldenkrise wieder eine günstige Zeit für die Ideen der Freiwirtschaft. Wichtig sei aber das verständliche Kommunizieren, damit sie von allen, auch von einfachen Köpfen,

begriffen werden können. Beispiel Landvergabe im Baurecht. In Allschwil wurde einiges Land im Baurecht abgegeben. Es geht darum, optimal zu erklären, was das bedeutet, und den Unterschied zum Privateigentum aufzuzeigen.

Als die Freiwirtschaftliche Bewegung der Schweiz 2010 aufgelöst werden musste, blieb Hans Barth weiterhin Mitglied der INWO Schweiz.

Die Porträts schrieb Monica Gassner-Rusconi.



Hans Barth

Spar Dir das!

Großbanken sind in schmutzige Geschäfte verwickelt

In Deutschland gelten die Deutsche Bank, Commerzbank, UniCredit und Postbank als Großbanken. Ihre addierte Bilanzsumme lag im August 2012 bei 2.253 Mrd. Euro. Dies ist über ein Viertel der Summe aller Kreditinstitute. Ein Bündnis schaut genauer hin, was diese Schwergewichte mit dem vielen Geld machen – und rät zum Bankwechsel.

Die Commerzbank startete pünktlich zum Weltspartag mit »MusikPlus-Sparen«. Slogan der Bank: »Das neue Sparkonto der Commerzbank, das rockt«. Ebenfalls pünktlich zum Weltspartag konterte das Aktionsbündnis »Bankwechsel jetzt!«: Diese Bank zockt.

In acht Metern Höhe schwebte ein Großbanner über dem Eingang des Commerzbank Towers in Frankfurt. Unter der Überschrift »Spar Dir das!« strahlt auf dem Transparent ein riesiges geröntgtes Sparschwein, in dessen Bauch sich Rüstungsgeschäfte, Geschäfte in Steueroasen und Kohle- sowie Atominvestitionen versteckten.

Krötenwanderung

Aktive des Bankwechselbündnisses verteilten transparente Sparschweine, die Einblicke in die Geschäfte der Großbanken boten. »Wo Commerzbank, Deutsche Bank oder Postbank draufsteht, stecken oftmals die größten Schweinereien drin«, erklärte Jutta Wieding, Bundesjugendleitung der BUNDjugend den Hintergrund der Aktion. »Deutsche Großbanken bereichern sich rücksichtslos auf Kosten der Menschenrechte und der Umwelt. Alle Menschen, die nicht möchten, dass ihr Ersparnis den Klimawandel anheizt, in Waffen oder Landraub investiert wird, sollten die Bank wechseln!«, ergänzte Agnes Dieckmann von urgewald. Und Sina Doughan, Sprecherin der Grünen Jugend, sagte: »Zum

Weltspartag wollen wir deutlich machen, dass es schon jetzt möglich ist, bei Alternativbanken mit dem eigenen Geld sinnvolle Projekte zu unterstützen und wirklich für die Zukunft zu sparen.«

Die Aktion in Frankfurt war der Auftakt einer deutschlandweiten Bankwechselwoche des Bündnisses. Vom 29. Oktober bis 4. November fanden in über 20 Städten mehr als 40 Aktionen und Informationsveranstaltungen

»Es braucht noch viele Menschen, die wechseln, und Kröten, die wandern.«



Wo Commerzbank, Deutsche Bank oder Postbank draufsteht, stecken oftmals die größten Schweinereien drin.

statt, bei denen aktive Gruppen zum Bankwechsel aufrufen. Mehr unter »www.urgewald.org/kampagne/bankwechsel-jetzt/aktionen-2012 und auf der Bündnisseite www.bankwechsel-jetzt.de.

urgewald ließ in Frankfurt und Berlin die »Krötenwanderung« Wirklichkeit werden. In einer Lichtinstallation wurden Kröten auf Bankgebäude projiziert und in einem Film festgehalten. »Kröten über Bankenfassaden wandern lassen sieht nicht nur gut aus, sondern ist notwendig, wenn man unethische Finanzierungen bekannt machen möchte«, kommentierte Kathrin Petz von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald die Aktion. Passend zur Aktionswoche präsentierte urgewald die neue Studie »Ist meine Bank ein Klimakiller?« und liefert einen weiteren Grund für den Bankwechsel: Der Kohleausbau boomt, weltweit werden neue Kohlekraftwerke geplant. Mit der Frage »Wer finanziert den Klimawandel?« hat urgewald die Kohleinvestitionen deutscher Banken untersucht und in der Verbraucherbrochure zusammengefasst.

Greenwashing der Banken

»Als globaler Unternehmensbürger übernehmen wir Mitverantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels«, so die Deutsche Bank auf ihrer Webpage. Die Realität sieht anders aus: Mit fast 800 Millionen Euro unterstützt die Deutsche Bank den chinesischen Bergbaukonzern Shenhua Group. Dieser baute vorletztes Jahr 407 Millionen Tonnen Kohle ab. Wenn sie verbrannt werden, führen sie zu CO₂-Emissionen, die die gesamten deutschen Kohlendioxidemissionen bei weitem überschreiten.

Die UniCredit/Hypo Vereinsbank finanziert Naturzerstörung in den USA. Bob Kincaid, Umweltaktivist aus West Virginia, klagt an: »Die Kohleindustrie hat aus meiner Heimat ein Notstandsgebiet gemacht. Tagtäglich setzt sie 3 Millionen Kilo hochexplosiven Sprengstoff ein, um unsere Berge in Schutthaufen zu verwandeln. Es ist so, als würden Sie in Deutschland die Zugspitze in die Luft sprengen, um ein schnelles Geschäft zu machen.«

Der neueste TV-Spot der Commerzbank verspricht Engagement in Erneuerbare Energie und die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. urgewald-Recherchen zeigen jedoch, dass die Commerzbank auch die drei größten Bergbaufirmen Anglo American, BHP Billiton und Xstrata unterstützt. Diese Firmen sind in Kolumbien für Vertreibung, Zwangsumsiedlung, Luftverschmutzung und massive Vernichtung von Ackerflächen durch Kohleförderung verantwortlich. Wie passt das zum neuen Image der Commerzbank? Diese Beispiele zeigen, dass Großbanken intensiv »Greenwashing« betreiben, d.h. sie



hängen sich ein grünes Mäntelchen um, finanzieren aber de facto umweltschädliche Investments. Der englische Begriff ist in diesem Zusammenhang besonders treffend, geht es doch darum, sich in der Öffentlichkeit von schmutzigen Geschäften »reinzuwaschen«. Ihre PR-Methoden zielen darauf ab, ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image zu erlangen.

Bessere Banken sind möglich!

»Nicht mit meinem Geld!« – Wer nicht möchte, dass mit dem eigenen Geld sozial- und umweltschädliche Geschäfte gemacht werden, wechselt am besten mit dem Girokonto und den Spareinlagen die Bank. Zu einer Bank, die transparent arbeitet und Mitsprache ermöglicht, die anhand einer nachvollziehbaren Negativliste schädliche Investitionen ausschließt und bestimmte Bereiche bewusst fördert. Zum Glück gibt es Banken, deren Geschäftsmodelle anders sind.

Nutzen Sie Ihre Verbrauchermacht, indem Sie Ihr Geld bei Banken anlegen, die damit nach ökologischen und sozialen Kriterien arbeiten. Das Bankwechselbündnis empfiehlt vier Alternativbanken: Ethikbank, GLS Bank, Triodos Bank und die Umweltbank.

Viele BankkundInnen scheuen den Bankwechsel – sowohl für ihr Girokonto als auch für ihre Geldanlagen. Dabei ist der Wechsel gar nicht so schwer und zeitintensiv. Und was sind schon ein paar Stunden Aufwand für die Gewissheit, dass das eigene Geld sicher und nachhaltig angelegt ist. Die Banken helfen ihren neuen KundInnen beim Wechseln und die Umweltorganisationen informieren gerne.

Werden Sie aktiv!

Wenn Sie Geld anlegen – vertrauen Sie es einer der empfohlenen Banken an.

Wechseln Sie mit Ihrem Girokonto die Bank. Informationen zum Bankwechsel finden Sie auf den Seiten vom Bankwechselbündnis und bei urgewald.

Ein Bankwechsel kommt für Sie momentan noch nicht in Frage? Beschwerden Sie sich bei Ihrer Bank über die schädlichen Finanzierungen und drohen Sie einen Bankwechsel an. Informieren Sie sich auch hierzu auf unseren Webpages.

Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und KollegInnen über den Bankwechsel. Erzählen Sie, dass es alternativ arbeitende Banken gibt.

Bankwechselbündnis

2012 haben sich zahlreiche Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen, um die Idee des politisch motivierten Bankwechsels zu verbreiten. Wir tragen unsere inhaltliche Expertise zusammen und erarbeiten gemeinsam kreative Protestaktionen. Wir sind überzeugt: Es braucht noch viele Menschen, die wechseln, und Kröten, die wandern.

Die Bündnispartner: attac, BUNDjugend, campus grün, Dachverband der kritischen Aktionäre, FIAN, Kooperation für den Frieden, Grüne Jugend, INKOTA, KLJB, NaturFreunde, Südwind, Umweltinstitut München und urgewald.



Agnes Dieckmann ist Oecotrophologin und seit 1997 bei urgewald für den Bereich der Verbraucherkampagnen verantwortlich. Bei Fragen zur »Bankwechsel jetzt!«-Kampagne können Sie sich direkt an sie wenden. Kontakt: agnes@urgewald.de,

Telefon: 02583 / 91 899 31

Nicht mit meinem Geld!

Interview mit Dr. Barbara Happe, Bankenreferentin urgewald e.V.



Beate Bockting: Das Bankwechsel-Bündnis ruft Menschen dazu auf, ihre Konten bei Großbanken aufzulösen. Machen Großbanken mehr Schmu mit dem Geld ihrer Kunden als andere Banken oder Sparkassen?

Dr. Barbara Happe: Ja! Zum Beispiel im Bereich Kohle: Die Kohleinvestitionen der Großbanken Deutsche Bank, HypoVereinsbank und Commerzbank sind natürlich deutlich höher als die von Sparkassen und Volksbanken. Aber über ihre Zentralinstitute finanzieren auch Sparkassen und Volksbanken die Kohleindustrie. Deswegen empfehlen wir, wenn man sicher gehen will, dass das eigene Geld nicht den Klimawandel mitfinanziert, den Wechsel zu einer Alternativbank.

BB: urgewald hat diesbezüglich ja gerade eine neue Verbraucherbrochure präsentiert, in der steht, welche Summen deutsche Banken zwischen 2005 und 2011 Kohlekraftwerksbetreibern und Kohlebergbauunternehmen zur Verfügung gestellt haben. Um wie viel Geld geht es denn da?

BH: Insgesamt haben deutsche Banken seit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls 2005 mit 28,9 Mrd. Euro die Kohleindustrie finanziert. Spitzenreiter sind Deutsche Bank, HypoVereinsbank und Commerzbank. Kohleverbrennung ist die Hauptursache für den Klimawandel. Wie schlimm die globale Erderwärmung ausfallen wird, hängt damit auch maßgeblich von den Investitionsentscheidungen deutscher Banken ab.

BB: Wie kommt Ihr an das Zahlenmaterial? Die Banken geben doch über sowas nicht bereitwillig Auskunft, oder?

BH: Richtig, die Banken geben keine Auskunft und verstecken sich hinter dem Bank-



Dr. Barbara Happe

geheimnis. Wir haben das niederländische Institut Profundo mit der Recherche beauftragt. Profundo hat für die Jahre 2005 bis 2011 die Geschäfte von 93 Banken mit den weltweit 31 größten Kohleproduzenten und 40 größten Stromproduzenten anhand von Jahresberichten, Börsenangaben, Handels- und Finanzpresse sowie Finanzdatenbanken untersucht.

BB: Dies ist nicht Eure erste Untersuchung dieser Art. Im Juni 2011 haben wir bereits über die Aktion »Wie radioaktiv ist Ihre Bank?« berichtet. Damals hattet Ihr die Unterstützung der Atomwirtschaft durch Banken offengelegt. Wird Merkels Kehrtwende nach Fukushima, der geplante Atomausstieg, durch das Geschäftsgebot deutscher Banken hintertrieben?

BH: Ja, die deutschen Großbanken scheinen aus der Atomkatastrophe von Fukushima nichts gelernt zu haben. Aktuelle Recherchen zeigen, dass vor allem die Deutsche Bank und die HypoVereinsbank den Atomsektor munter weiter finanzieren (wollen). Jeder noch so »strahlende« Kunde ist dabei willkommen. Zu den Kunden, die die Deutsche Bank zwischen März 2011 und Mai 2012 mit Geld versorgte, zählen die Atomfirmen TVO in Finnland und EDF in Frankreich. Deren Europäische Druckwasserreaktor (EPR)-Projekte kämpfen mit immer neuen Ingenieur- und

Bauproblemen, weshalb sich die Kosten ebenso permanent erhöhen wie sich die Fertigstellung verzögert. Auch der französische Konzern Areva, der den EPR entwickelt hat, und das italienische Unternehmen Enel wurden von der Deutschen Bank mit frischem Geld versehen. Enels Tochter Slovenské Elektrárne versucht, in der Slowakei die Atomreaktoren Mochovce 3 und 4 fertig zu stellen, obwohl sie nicht mit einer Sicherheitshülle ausgestattet werden können, wie sie heute für alle Reaktoren Pflicht ist.

Bei der HypoVereinsbank gibt es inzwischen

»Leider ist das Wissen der Kunden darüber beschränkt, in welche Unternehmen ihr Geld investiert wird. Wenn man Kunden fragt, ob sie Rendite um jeden Preis wollen, dann verneinen viele.«

selbst für hochumstrittene Projekte grundsätzlich grünes Licht aus der Chefetage. Nach Informationen, die der Süddeutschen Zeitung vorliegen, ist aktuell ein Exportkredit für den Neubau des umstrittenen Atomkraftwerks in Kaliningrad in der Debatte. Das Projekt ist auch deswegen hoch brisant, weil die Betreiber in Russland hoffen, den dort erzeugten Atomstrom dann nach Deutschland liefern zu können. Interesse soll es ferner an einem Kredit für den Ausbau der französischen Urananreicherungsanlage Georges Besse II geben, die ebenfalls von Areva betrieben wird.

BB: Bei großen Investitionen im Ausland spielen auch die so genannten Hermesbürgschaften eine große Rolle. Kannst Du mal erklären, wie die funktionieren? Profitieren die Banken davon?

BH: Um deutsche Exporte zu fördern, vergibt die Bundesregierung sogenannte »Hermesbürgschaften«. Diese schützen die Exporteure wie eine Versicherung vor der Zahlungsunfähigkeit ihres Kunden. Sie sollen den Exporteuren helfen, neue Märkte, vornehm-

urgewald



wurde 1992 gegründet und setzt sich seitdem für Umweltschutz und Menschenrechte ein. urgewald schaut genau hin, fragt nach, deckt auf: Bei Banken und Konzernen, die durch Kredite und Investitionen Umwelt und Menschen schaden. Mit Protest- und Verbraucher-

kampagnen motiviert urgewald Menschen dazu, die eigene Konsumentenmacht einzusetzen und selbst aktiv zu werden. Informationen zur aktuellen Kampagne »Ist meine Bank ein Klimakiller?« und zu »Bankwechsel jetzt!« gibt es unter www.urgewald.de.

lich in Entwicklungs- und Schwellenländern, zu erschließen. Banken profitieren insofern von Hermesbürgschaften, als diese ihnen garantieren, dass die den Exporteuren gewährten Kredite auch bedient werden. Notfalls springt der Staat mit Steuergeldern in die Bresche.

BB: Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten und Russland drittgrößter Waffenexporteur der Welt. Auch das wird von den Banken sozusagen mit unserem Ersparten finanziert?

BH: Ja, indem Banken Rüstungskonzerne finanzieren, die kontroverse Waffensysteme wie Atomwaffen oder z.T. auch noch Streumunition oder Uranmunition herstellen oder ihre Güter in Krisenregionen exportieren. Aktuell bestellte beispielsweise Indonesien 130 Leopard-2-Kampfpanzer für umgerechnet 217 Millionen Euro und Saudi-Arabien plant den Kauf hunderter Radpanzer. Rheinmetall, das u.a. den Leopard-2-Panzer baut, steht auf der Kundenliste aller führenden deutschen Großbanken.

BB: Sind solche schädlichen Investitionen für die Banken lukrativer als andere?

BH: Nein, sie sind nicht unbedingt lukrativer, aber sie sind skandalöser. Und natürlich sind sie für die Banken wegen teilweise großer Geschäftsvolumina besonders interessant.

BB: Um all das zu ändern, ruft Ihr nun zu einer Art »Kapitalflucht« auf. So wie südeuropäische Banken in letzter Zeit unter der Kapitalflucht ihrer Einleger leiden, wollt Ihr nun auch denjenigen Banken das Kapital abspenstig machen, die bislang noch auf der Gewinnerseite sind. Die Südländer flüchten mit ihrem Geld aus Angst vor Bankenpleiten und Verlusten. Hier sollen dagegen die Anleger aus ethischen Gründen ihr Geld abziehen. Wo sollen denn die Kröten hinwandern?



BH: Zu Alternativbanken, die andere Geschäftsmodelle haben. Dort gibt es viel mehr Transparenz und klare Ausschlusskriterien. Da weiß mensch, wo das eigene Geld angelegt wird und es gibt klare Grenzen, was geht und was eben nicht.

BB: Wie sollte ein sozial und ökologisch verträgliches und zukunftsfähiges Bankwesen aussehen?

BH: Zentraler Dreh- und Angelpunkt, um zu einem zukunftsfähigen Bankwesen zu kommen, ist die Transparenz. Kunden und Kundinnen müssen erfahren, wofür die Banken ihr Geld ausgeben oder wo sie es anlegen. Des Weiteren muss es bei den Kreditvergaben und bei der Geldanlage klare Vergaberichtlinien geben, mit Ausschlusskriterien und Mindeststandards, die eingehalten werden müssen.

BB: Bedeutet das, Ihr seid für die Verstaatlichung von Banken?

BH: Unser Hauptpunkt ist der: Banken sollten demokratisch organisiert sein, damit sie für das Wohl ihrer KundInnen arbeiten. Die privaten Großbanken sind als Aktiengesellschaften organisiert, d.h. die Stimmenzahl der Anteilseigner ist proportional zur Höhe des angelegten Kapitals. Das Mitspracherecht wächst mit dem angelegten Kapital. Großaktionäre und -aktionärinnen können also eine wesentliche Kontrolle über das Institut ausüben. KundInnen haben kein Mitspracherecht, kleine AnteilseignerInnen können kaum Einfluss auf den Entscheidungsprozess nehmen.

Die Alternativbanken haben unterschiedliche Rechtsformen. Sie sind aber deutlich demokratischer als die Privatbanken organisiert. Die GLS-Bank und die Ethikbank z.B. sind Genossenschaftsbanken. Bei Genossenschaften hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von seinem Kapitalanteil. Hier können

Druck auf Großbanken ist gut, ändert aber nichts am falschen Geldsystem



»Im besten Fall, wenn die schädlichen Großbanken mangels Kunden nicht mehr »systemrelevant« wären, könnten sie beim Platzen der nächsten Spekulationsblase in die Pleite entlassen werden. Allerdings würde auch damit das endlose exponentielle Vermögens- und Schuldenwachstum, das langfristig zum Kollaps jedes Finanzsystems führen muss, nur kurzzeitig zurückgeworfen und nicht nachhaltig gestoppt. Erst die von der INWO geforderte Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr kann wirksam das »automatische« Wachstum von Schulden und Vermögen beenden.«

Vlado Plaga am Montag, den 16.01.12 im INWO-Medienspiegel zur Kampagne »Krötenwanderung«. Unser Medienspiegel ist online abrufbar unter www.inwo.de/medienspiegel

Die INWO ist Fördermitglied bei attac und unterstützt sowohl immer wieder einzelne Aktionen als auch diese Kampagne, die von attac und urgewald gemeinsam mit anderen Partnern getragen wird, im Besonderen. Wir haben übrigens selbst auch bereits vor längerer Zeit die Bank gewechselt und führen unser Konto jetzt bei einer der empfohlenen Alternativ-Banken, nämlich bei der GLS Bank in Bochum.

die KundInnen mitbestimmen und die Geschäftspolitik der Bank mitgestalten.

BB: Haben Eure Aktionen bereits Wirkung gezeigt? Welche Rückmeldungen bekommt Ihr?

BH: Banken wird das Reputationsrisiko durch die Verstrickung in problematische Unternehmungen immer bewusster. Wenn mehr Medien solche Fälle aufgreifen, wie z.B. bei der Finanzierung von Streumunition, dann zeigt sich auch der Erfolg. Und das kritische Bewusstsein bei der Bevölkerung wächst. Alternativbanken haben in den letzten Jahren kontinuierlich Zulauf erhalten.

BB: Die INWO weist immer wieder darauf hin, dass es nicht ausreicht, die Banken für die Misere verantwortlich zu machen. Die Geschäftsbanken stehen in einem enormen Konkurrenzkampf, ihre Margen sinken seit Jahren. Meinen Sie nicht auch, dass das ein systemisches Problem ist?

BH: Dass sie unter Konkurrenzdruck stehen und dass das Umfeld derzeit schwierig ist, mag ja sein, aber die Banken nutzen ganz eindeutig die Potentiale, die sie haben, nicht aus. Großbanken versuchen erst gar nicht, sich wirklich nachhaltig aufzustellen. Sie könnten sich durchaus mehr Ethik leisten, als sie derzeit tun.

BB: Die meisten Kunden wollen aber auch, dass ihnen ihr Geld Zins und Rendite einbringt. Die Finanzinstitute in Deutschland verwalten über drei Billionen Euro an Kundeneinlagen, wofür sie in den letzten fünf Jahren über 1.250 Mrd. Euro an Guthabenzinsen ausgezahlt haben. Die Bereitschaft zu nicht oder niedrig verzinsten Anlageformen hält sich in Grenzen, das merken selbst die alternativen Banken. Wie könnte man das ändern?

BH: Leider ist das Wissen der Kunden darüber beschränkt, in welche Unternehmen ihr Geld investiert wird. Wenn man Kunden fragt, ob sie Rendite um jeden Preis wollen, dann verneinen viele. Hier ist es wichtig, weiter Bewusstseinsarbeit zu leisten, damit Kunden Druck auf ihre Bankhäuser ausüben, sich nachhaltig zu verhalten.

BB: Wenn einer Bank die Einlagen abgezogen werden – so wie Ihr das mit der Bankwechsel-Kampagne bezweckt – trifft sie das an einer empfindlichen Stelle. Aber nur, wenn die Abflüsse ein spürbares Volumen erreichen und die Bank sich in gravierender Höhe refinanzieren muss. Kann ein Bankwechsel von Kleinanlegern trotzdem Wirkung entfalten?

BH: Ja, auf jeden Fall! Wir betrachten den Bankenwechsel als politische Aktion, um Druck auf Banken auszuüben, sich zu bewegen.



Termine Deutschland

■ **Do., 20. Dezember 2012, 19.30-22.00 Uhr,**
Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b,
Köln

Treffen der INWO-Regionalgruppe Köln

Jeden 3. Donnerstag im Monat

Über Geld spricht man nicht! Doch – wir sprechen über Geld und darüber, wie man unser Geldsystem nachhaltig verbessern kann und wie dabei soziale Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz möglich gemacht werden. Es geht dabei um Aktuelles, wie etwa die finanzpolitischen Entwicklungen aber auch um Grundsätzliches, wie etwa die Reform der Geld- und Bodenordnung. Die Abende werden durch ein Kurzreferat eingeleitet, das zur Diskussion anregen soll.

Weitere Treffen am 17. Januar, 21. Februar und 21. März 2013

Kontakt und Info: Koeln@INWO.de

■ **Di., 8. Januar 2013, 17.00-19.00 Uhr,**
Katharinenstr. 14, Essen

Gesprächskreis Förderverein **Natürliche Wirtschaftsordnung Essen**

Einmal im Monat leitet Wilhelm Schmülling einen Gesprächskreis und führt mit einem aktuellen Thema als Impulsreferat ein. Hohe Aktualität und das Kennenlernen politisch Interessierter und Aktiver prägen diese Veranstaltung

■ **Do., 10. Januar 2013, 19.00-22.00 Uhr,**
Café im Forum 3, Gymnasiumstraße 21,
70173 Stuttgart

Treffen der INWO-Regionalgruppe **Stuttgart**

Monatlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weiteres Treffen am 14. Februar 2013

Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Fr., 11. Januar 2013, 19.00 Uhr,**
Rudolf Steiner Haus, Hamburg

Notwendige Alternativen zu Zinseszins, **Geldschöpfung und Spekulation!**

Vortrag von Prof. Dr. Bernd Senf im Rahmen der Hamburger Utopiewochen

■ **Di., 22. Januar 2013, 19.00-21.30 Uhr, Aus-**
landsgesellschaft, Steinstr. 48 (direkt hinter
dem Hauptbahnhof), Dortmund

Treffen der INWO-Regionalgruppe **Dortmund**

Monatlich treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 5. Februar, 5. März und 2. April 2013

Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Fr.-Do., 08.-14. März 2013, Villa Creutz,**
Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen,
Sachsen-Anhalt

Macht-Geld-Sinn Energie (MGS3)

Mit Macht, Geld, Sinn und Energie werden die wichtigsten Themen der kommenden Jahre auf einem Kongress vereinigt. Sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich erhöht sich die Notwendigkeit, genauer auf die Entwicklungen unserer Zeit zu schauen und uns nach möglichen Alternativen umzusehen. Dabei kommt es auf eine ganzheitliche Betrachtung der Dinge an.

Mehr Infos unter Telefon:
+49 (0)34 96 / 511 69 35

■ **Fr.-Sa., 15.-16. März 2013, Einlass ab 17 Uhr,**
VHS Essen, Burgplatz

Perspektiven für zukunftsfähige **Finanz- und Geldsysteme**

Die Perspektiventagung schaut in die Zukunft. Wir analysieren mit namhaften Experten unser Geld- und Finanzsystem als Ausgangspunkt der Krisen des letzten Jahrzehnts. Nehmen Sie daran aktiv teil als Gast und Teilnehmer der Fachvorträge und Workshops.

Veranstalter: INWO, Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Ökosoziales Forum Deutschland, Volkshochschule Essen

Weitere Infos und Anmeldung:
www.perspektiventagung.de

■ **So., 17. März 2013, VHS Essen, Burgplatz**
Mitgliederversammlung der
INWO Deutschland

im Anschluss an die Perspektiventagung
Weitere Infos folgen im Frühjahr postalisch
und auf www.INWO.de



Mitgliedsantrag

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.

☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

☐ Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Bestellformular

☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: _____

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

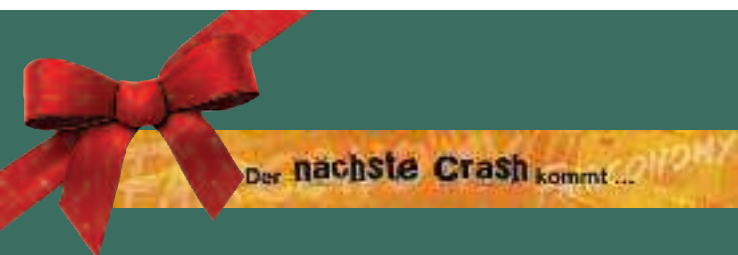
ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



Eintrittskarten zur Tagung

Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme

Tagung Fr./Sa. 15./16. März 2013 in der VHS Essen
Mit Prof. Max Otte, Prof. Thomas Huth, Prof. Dirk Löhr, Prof. Christian Kreiß, Detlef Wendt, Fritz Andres u.a.

Preis: 38 €. Bis zum 31.1.2013 gibt es einen Rabatt von 7€, zahlt man also nur 31€!

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten & ALG-II-Bezieher
Verkauf über www.perspektiventagung.de

Margrit Kennedy

Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind.



Ein leicht verständliches Plädoyer für neues Geld, das gerecht und stabil ist.

Das Buch liefert eine Argumentation für eine neue Bewegung, die von unten entsteht und die Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um endlich auch ein Geldsystem zu schaffen, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Margrit Kennedy zeigt Wege, wie das Geld wieder zu einer steuerbaren öffentlichen Dienstleistung zum Wohle der gesamten Gesellschaft werden kann, statt eine Ware zu sein, die zu einem krankhaften Wachstumszwang führt.

J. Kamphausen, Taschenbuch, 112 Seiten, Preis: 9.95 €
Auch als E-Book erhältlich, Preis: 6.99 €

Helmut Creutz

Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

Die taufische Neuauflage des Klassikers enthält wieder eine Vielzahl anschaulicher Grafiken, basierend auf aktuellem Zahlenmaterial. Helmut Creutz gibt Antworten auf Fragen wie diese: Warum werden die weltweit vagabundierenden

Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Warum müssen wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern? Warum nimmt trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zu und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich?

Der Autor veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie alle diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.

Verlag Mainz, Taschenbuch, Preis: 16.80 €



David Graeber

Schulden. Die ersten 5000 Jahre

Seit der Erfindung des Kredits vor 5000 Jahren treibt das Versprechen auf Rückzahlung Menschen in die Sklaverei. Die Geschichte der Menschheit erzählt David Graeber als eine Geschichte der Schulden: eines moralischen Prinzips, das nur die Macht der Herrschenden stützt. Damit durchbricht er die Logik des Kapitalismus und befreit unser Denken vom Primat der Ökonomie.

Klett-Cotta, gebunden mit Schutzumschlag, 600 Seiten, Preis: 26.95 €



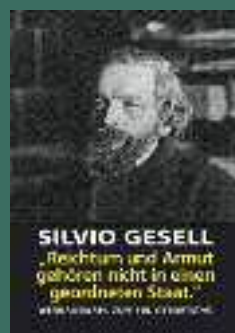
Silvio Gesell

»Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat.«

Werkauswahl zum 150. Geburtstag

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozial-reformerische Gedankenwelt vermitteln.

Verlag für Sozialökonomie, Taschenbuch, 230 Seiten, Preis: 19.90 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02,
E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.